

## **Bekanntmachung der Universitätsstadt Siegen**

Die 6. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie findet am

**Dienstag, 24.08.2021, 17:00 Uhr,**

im Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151, 57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal, statt.

---

### **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

1. Regularie
2. Fragestunde
3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung
  - 3.1 Erfahrungsbericht über den Einsatz von Bewässerungssäcken (Tregator)  
- Antrag der UWG-Fraktion
  - 3.2 Ausschreibungskriterien für Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks  
- Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen
  - 3.3 Aufnahme in den Winterdienst der Straße "Unter dem Lindchen" in Siegen-Oberschelden  
- Antrag der FDP-Fraktion -  
  
Aufnahme in den Winterdienst der Straße "Unter dem Lindchen" in Siegen-Oberschelden  
- Antrag der FDP-Fraktion -
4. Gemeinsamer Antrag der UWG-Fraktion und der Volt-Fraktion vom 09.02.2021  
Maßnahmen zur Vermüllungseindämmung  
Befristete Einstellung von Abfallkontrolleurinnen bzw. Abfallkontrolleuren
5. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen  
- Zwischenbericht zur Potenzialflächenanalyse
6. Jährliche Beschlusskontrolle: Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates
7. Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040
8. Bericht Stabsstelle Klimaschutz  
- mündlicher Bericht -
9. Mitteilungen der Verwaltung

**B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG**

1. Regularie
2. VERSCHIEDENES
3. MITTEILUNGEN AN DIE PRESSE

Alle Informationen sind auch im Ratsinformationssystem der Stadt Siegen unter [www.siegen.de](http://www.siegen.de) abrufbar.

---

Siegen, 13.08.2021

Der Bürgermeister

## **Ö F F E N T L I C H E   N I E D E R S C H R I F T**

### **über die 6. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie**

vom: **24.08.2021**  
von: **17:00 Uhr**  
bis: **19:15 Uhr**  
Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,  
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

#### **Anwesend waren:**

##### Vom Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie:

Stv Boller, Joachim	- als Vorsitzender -
AM Bornhütter, Nils	
Stv Christian, Thomas	
AM Dinter, Oliver	
Stv Hähner, André	
Stv Hof, Felix	
AM Kammann, Jacob	vertritt Gieseler, André
AM Klaas, Henner	
Stv Krumm, Heike	bis TOP 3 und ab TOP 5 ö. T.
Stv Langer, Günther	vertritt für TOP 4 ö. T. Krumm, Heike
AM Neumann, Thomas	vertritt Greber, Gudrun
AM Schloos, Ulrich	vertritt Becker, Melanie
AM Schneider, Walter	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Weber, Frank	vertritt Dr. Zybill, Christian
AM Wüst, Eckard	

##### Beratende Mitglieder:

AM Häger, Stephan  
AM Katz, Heike

AM Palm, Alexander  
IntRM Tahmaz, Hanan  
AM van Overloop, Lorenz

vertritt Weiskirch, Jürgen  
  
vertritt Wiegel, Roland

Als Zuhörer:

Stv Langer, Günther

Von der Verwaltung:

StBR Schumann  
VA Daub  
Städt. OVR Dr. Kraft  
Städt. OVR Schmidt  
Städt. OVR Diehl  
VA Bergholz  
Stl Rohde

- als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

Stv Becker, Melanie  
AM Gieseler, André  
AM Greber, Gudrun  
Stv Zöller, Klaus  
Stv Zybill, Dr. Christian  
AM Bauch, Dr. Wolfgang  
AM Semper, Manfred  
AM Weiskirch, Jürgen  
AM Wiegel, Roland  
AM Zapletal, Martin

vertreten durch AM Schloos, Ulrich  
vertreten durch AM Kammann, Jacob  
vertreten durch AM Neumann, Thomas

vertreten durch Stv Weber, Frank

vertreten durch AM Palm, Alexander  
vertreten durch AM van Overloop, Lorenz

**A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

**1. Hinweise zur Niederschrift**

**1.1 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 04.05.2021**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**6. AfUKE 24.08.2021**

**1.2 Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 01.06.2021**

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

**6. AfUKE 24.08.2021**

## 2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

6. AfUKE 24.08.2021

## 3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

### 3.1 Erfahrungsbericht über den Einsatz von Bewässerungssäcken (Treegator) - Antrag der UWG-Fraktion

Vorlage Nr. AT 109/2021

Vorlage Nr. AT 109/2021 A

=> *In Abstimmung mit der Verwaltung, den Erfahrungsbericht um ein Jahr zu verschieben, wird der Antrag von der UWG-Fraktion zurückgezogen.*

6. AfUKE 24.08.2021

### 3.2 Ausschreibungskriterien für Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks - Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen

Vorlage Nr. AT 120/2021

Einleitend erklärt Herr Wüst noch einmal den Hintergrund des Antrags. Da Kriterien des Klimaschutzes in der heutigen Zeit in allen Bereichen angewendet werden sollten, habe eine Vergabe für ein Müllfahrzeug, bei der der Kaufpreis das einzige Zuschlagskriterium darstellte, zu großem Erstaunen und diesem Antrag geführt. Die Fraktion Die B'90/Die Grünen beantragt daher durch den Umweltausschuss eine Empfehlung auszusprechen, dass Kriterien wie Klimafreundlichkeit und damit verbundene minimierte Schadstoffbelastungen, Lärmbelastung und totale Lebenszykluskosten während des Betriebs in zukünftigen Ausschreibungen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Dies sei aus ihrer Sicht mit Hinblick auf die lange Lebensdauer der Fahrzeuge essenziell. Außerdem schaffe eine größere Nachfrage nach Fahrzeugen mit alternativen Antriebsarten langfristig auch ein größeres Angebot.

Der neue Leiter der Abteilungen Sicherheit, Ordnung und Stadtreinigung, Herr Schmidt, erklärt, dass im Rahmen der Vergabeverfahren zur Beschaffung von Fahrzeugen seit Jahren die jeweils bestmöglich verfügbare Schadstoffnorm (aktuell EURO VI d) gefordert wird. Bei dem angeführten Fahrzeugsegment sei das einzige Zuschlagskriterium der Preis gewesen, da besonders im Bereich der schweren Nutzfahrzeuge bisher keine alternativen Antriebe verfügbar sind, die diese Anforderungen erfüllen.

Auch der Verwaltung sei es wichtig, den Umwelt- und Klimaschutz aktiv zu unterstützen. Jedoch können die wirtschaftliche Haushaltsführung und die Einsatzfähigkeit der Fahrzeuge dabei aber nicht außer Acht gelassen werden.

Seit diesem Jahr gibt es auf dem Markt serienreife Müllsammelfahrzeuge mit Brennstoffzellentechnik. In Zusammenarbeit mit der städtischen Wirtschaftsförderung wurde ein Förderantrag zur Beschaffung von zwei Brennstoffzellenmüllfahrzeugen gestellt. Durch diese Fahrzeuge sollen im Vorgriff auf notwendige Ersatzbeschaffungen zwei Dieselfahrzeuge ersetzt werden. Dem Förderantrag wurde entsprochen, so dass die Ausschreibung der beiden Fahrzeuge im laufenden Jahr erfolgen kann. Die Lieferung ist für 2022 eingeplant.

Für die unterschiedlichen topographischen Einsatzgebiete werden Fahrzeuge mit 1 bis 3 Brennstoffzellen angeboten. Zur Ermittlung der benötigten Anzahl an Brennstoffzellen im Siegener Stadtgebiet wurden im Juli bei einer 14-tägigen Sammeltour alle relevanten Daten wie gefahrene Kilometer, Treibstoffverbrauch, Anzahl der Halte und Anzahl der geleerten Tonnen erfasst. Derzeit wartet die Verwaltung auf die Auswertung dieser Daten durch den Fahrzeughersteller.

Ein Müllsammelfahrzeug mit Brennstoffzellentechnik, Pressplattenaufbau und Lifter kostet voraussichtlich 1,1 Mio. €. Die Kosten für ein herkömmliches Dieselfahrzeug liegen bei rd. 265.000 €.

Die Mehrkosten zu einem konventionell angetriebenen Müllfahrzeug werden zu 90 % gefördert. Das bedeutet für den städtischen Haushalt rund 80.000 € Mehrkosten pro Fahrzeug. Die Mittel sind im Haushalt bereits vorgemerkt.

Seit dem 02.08.2021 sind für öffentliche Auftraggeber die Vorschriften des Gesetzes zur Umsetzung der Saubere Fahrzeuge-Richtlinie (Clean Vehicles Directive – CVD) verbindlich zu beachten.

Nach dieser Richtlinie müssen öffentliche Auftraggeber bei den Neubeschaffungen schwerer Nutzfahrzeuge (über 3,5 Tonnen, zulässigem Gesamtgewicht) im Referenzzeitraum bis 31.12.2025 mindestens 10% der Neufahrzeuge mit alternativen Antrieben beschaffen. Bis 31.12.2030 liegt die Erfüllungsquote bei 15 % der Neuanschaffungen.

Sofern über diese Quoten hinaus schadstoffarme oder schadstofffreie Fahrzeuge beschafft werden sollen, ist das nur möglich wenn die tatsächlich benötigten Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Neben der Finanzierbarkeit der wesentlich teureren schadstofffreien Fahrzeuge müssen diese, sofern überhaupt marktverfügbar, auch technisch so ausgereift und leistungsfähig sein, dass sie die zu erledigenden Aufgaben problemlos ausführen können. Dies ist jedoch nicht immer gegeben. So ist beispielsweise der Einsatz batteriebetriebener Fahrzeuge im Winterdienst zumindest aktuell kaum vorstellbar. Die Batteriekapazität nimmt bei niedrigen Temperaturen deutlich ab und eine Aufladung ist nur in den Nachtstunden zwischen 23.00 Uhr und 4.00 Uhr möglich. Sollte bei intensiven und andauernden Einsätzen die Batterie leer werden, würde dies dazu führen, dass der Verkehrssicherungspflicht nicht im erforderlichen Umfang nachgekommen werden könnte.

Speziell Winterdienstfahrzeuge und selbstfahrende Arbeitsmaschinen wie Kehrmaschinen sind explizit von der Saubere Fahrzeuge-Richtlinie ausgenommen.

Bei Ausschreibungen zur Fahrzeugbeschaffung muss aus den vorgenannten Gründen eine auf den Einsatzzweck abgestimmte Leistungsbeschreibung erfolgen, die auch bei den Wertungskriterien zu berücksichtigen ist. Grundsätzlich muss neben der genannten Ein-

satzfähigkeit der beschafften Fahrzeuge auch die Verpflichtung der Kommunen zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung Berücksichtigung finden (§ 75 GO).

Im Ergebnis werden bei der Stadt Siegen mit den eingangs erwähnten zwei neuen Fahrzeugen mit Brennstoffzellentechnik bereits ab nächstem Jahr zwei der insgesamt neun städtischen Müllsammelfahrzeuge mit alternativem Antrieb in Nutzung sein, also über 20% dieses Fahrzeugsegments.

In der 42. KW -Mitte Oktober- wird die Stadtreinigung darüber hinaus für eine Woche ein vollelektrisches Kleinmüllsammelfahrzeug ausleihen und testen.

Für Herrn Klaas handelt es sich bei Herrn Schmidts Ausführungen um eine plausible Erklärung. Nichtsdestotrotz halte es die CDU- und SPD Fraktion unbedingt für notwendig, Vergabekriterien für Fahrzeugvergaben neu aufzustellen. Aus Sicht der CDU- und SPD handle es sich bei dem Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion um einen guten Ansatz, der jedoch zu sehr mit Superlativen behaftet sei. So solle Klimaschutz zwar zweifellos einen sehr hohen Stellenwert eingeräumt bekommen, jedoch nicht den höchsten. Vielmehr müsse dieses mit wirtschaftlichen und technischen Aspekten in Einklang gebracht werden. Um Vergabekriterien zu überarbeiten, solle die Verwaltung daher dem Ausschuss einen Vorschlag unterbreiten, welche Kriterien mit welcher Gewichtung in die zukünftigen Vergaben einfließen. Dies wird zum Antrag erhoben.

Aus der Aussprache geht hervor, dass von der Verwaltung eine Liste mit zeitnah notwendigen Fahrzeugbeschaffungen erarbeitet und dem Ausschuss zeitnah vorgelegt werden soll. Wie von Herrn Klaas gewünscht, sollen dazu potentielle Vergabekriterien gerichtsfest formuliert werden.

Außerdem wird angeregt, künftig auch die Stabsstelle Klimaschutz an Fahrzeugvergaben zu beteiligen.

Auch, wenn der Ansatz und der Wunsch nach einer einheitlichen Bewertungsmatrix nachvollziehbar ist, stellt die Verwaltung heraus, dass die Aufstellung einer standardisierten Matrix leider nicht möglich sei, da bei jeder Vergabe jedes Fahrzeug einzeln bewertet werde und einem individuellen Anforderungsprofil unterliege. Zu dem fehlen bisher Erfahrungswerte mit den Fahrzeugen selbst, um angemessene Kriterien überhaupt heraus zu stellen. Daher sei es sinnvoll, zunächst einmal die Inbetriebnahme und angemessene Testphase der Fahrzeuge abzuwarten. Vorgelegt werden könne jedoch eine Liste, die sich mit dem Bestand und einer rechtlichen Auseinandersetzung befasse.

Da dem Ausschuss diese Ausführungen einleuchten, kommt man überein, dass anstelle dieser allgemeinen Matrix für jedes Fahrzeug einzeln Bewertungskriterien bzw. Anforderungsprofile erstellt und dem Ausschuss vorgelegt werden sollen. Diese können dann im weiteren Verlauf als Diskussionsgrundlage dienen.

Es wird sich darauf geeinigt, bei der Auflistung auf Fahrzeuge, für die keine alternativen Antriebsarten und sonstige Beschaffungen in Frage kommen, zu verzichten.

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich eine Übersicht aufzustellen, die sich mit den zukünftigen Bedarfen an städtischen Fahrzeugen beschäftigt und für jedes Fahrzeug ein mögliches Anforderungsprofil bzw. Bewertungskriterien (hinsichtlich des Klimaschutzes) aufzeigt. Die Übersicht soll dem Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie anschließend vorgelegt werden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. AfUKE 24.08.2021**

**3.3 Aufnahme in den Winterdienst der Straße "Unter dem Lindchen" in Siegen-Oberschelden  
- Antrag der FDP-Fraktion -**

Vorlage Nr. AT 126/2021

Vorlage Nr. AT 126/2021 A

Herr Schneider erklärt den Hintergrund des Antrags und bittet um Zustimmung.

Herr Diehl führt aus, dass es eine Vielzahl an ähnlichen Straßen gebe. Wesentliches Kriterium für einen regulären Winterdienst sei die Verkehrswichtigkeit und –gefährlichkeit. Mit einer positiven Entscheidung würde außerdem ein Präzedenzfall geschaffen werden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie beschließt die Aufnahme der Straße „Unter dem Lindchen“ im Ortsteil Oberschelden in den Winterdienst ab dem Winter 2021/2022.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen**

Dafür: 1 (FDP)

Enthaltungen 0

**6. AfUKE 24.08.2021**

**4. Gemeinsamer Antrag der UWG-Fraktion und der Volt-Fraktion vom 09.02.2021  
Maßnahmen zur Vermüllungseindämmung  
Befristete Einstellung von Abfallkontrolleurinnen bzw. Abfallkontrolleuren**

Vorlage Nr. VL 448/2021

Bezugnehmend auf die seit längerem vermüllten Containerstandorte in einigen Stadtteilen, erklären Herr Langer und Herr Kammann den Hintergrund des Antrags. Um die Kosten geringer zu halten, solle nun doch über 2 statt 4 Kontrolleurinnen und Kontrolleure abgestimmt werden. Als Beispiel gehen bereits andere große Städte voran, bei denen diese Maßnahme gute Wirkungen zeigten.



Aus der Aussprache des Ausschusses wird deutlich, dass sowohl die Notwendigkeit als auch der Nutzen einer solchen Maßnahme auf Zweifel stößt. Wie Herr Sondermann berichtet sei dieser Antrag bereits im AK Abfall mit dem Ergebnis diskutiert worden, von einer positiven Beschlussfassung abzusehen. Gründe dafür seien zum einen in den Mehrkosten für alle Bürgerinnen und Bürger gegeben. Auch wird der Erfolg als recht gering eingeschätzt. Da es sich aus ihrer Sicht bei den Verursachern von Vermüllung oftmals nicht um böswillige Motive, sondern vielmehr von Unwissen geprägte Handlungen handle, sei eher Aufklärung der bessere Ansatz.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie beschließen zunächst befristet für ein Jahr, zwei Abfallkontrolleurinnen/Abfallkontrolleure einzustellen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen**

Dafür: 5 (B'90/Die Grünen, UWG, Volt)  
Enthaltungen 0

6. AfUKE 24.08.2021

**5. Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen  
- Zwischenbericht zur Potenzialflächenanalyse**

Vorlage Nr. VL 392/2021

Auf Frau Shirley's Anmerkung hin, dass der Fokus in dem Bericht zu sehr auf Wirtschaftlichkeit, anstatt auf tatsächlichen Flächen liege, erklärt Herr Daub, dass es notwendig gewesen sei den Hauptaugenmerk auf ein Kriterium zu legen, um nicht alle Flächen der Stadt in einer immens kleinteiligen Arbeit betrachten zu müssen. Dabei habe man das Kriterium der Wirtschaftlichkeit gewählt und sich an der Studie des Landes orientiert, welches im Ausschuss bei Vorstellung auch Zustimmung fand.

Auf ihre Frage nach dem Fertigstellungstermin des Abschlussberichts teilt er mit, dass sich die Verwaltung um eine schnellstmögliche Fertigstellung bemühe, spätestens im 1. Quartal des nächsten Jahres sei damit zu rechnen.

=> *Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.*

6. AfUKE 24.08.2021

**6. Jährliche Beschlusskontrolle: Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates**

Vorlage Nr. VL 460/2021

Herrn Wüst interessiert der aktuelle Stand zur Installation der im Bericht erwähnten 50 Mikro-Photovoltaik-Anlagen.

Nach Herrn Daubs Kenntnisstand gibt es aktuell eine Testanlage, die auf dem Rathaus in Geisweid betrieben wird. Aufgrund von dringlichen, größeren Ausschreibungen, wie beispielsweise der anderen Photovoltaik-Anlagen, und der doch sehr zeitintensiven Einzelfallprüfung für diese kleineren Objekt sowie auch in Anbetracht der Thematik klimaneutraler Gebäudebetrieb und weiteren Entwicklungen sind bisher keine weiteren Mikro PV-Anlagen angeschafft und aufgehängt worden. Dies bedeute aber nicht, dass das Thema abgeschlossen sei.

Dazu ergänzt Herr Schumann, dass die Stadt nur einen Mitarbeiter habe, der sich im Wesentlichen mit Photovoltaik-Anlagen auseinandersetze und dessen Kapazitäten natürlich begrenzt seien.

Auf Nachfrage nach der Fertigstellung des Konzeptes für das klimaneutrale Stadtfest erklärt Herr Daub, dass man sich aufgrund des abgesagten Stadtfestes dieses Jahres und der zeitlichen Entfernung bis zum nächsten Stadtfest dazu entschlossen habe, erst einmal anderen Projekten in der Bearbeitung Priorität zu geben. Nichtsdestotrotz sei man in der Bearbeitung schon recht weit fortgeschritten und auch in der Abstimmung mit anderen Abteilungen sowie auch mit den Vertragspartnern gut aufgestellt.

=> *Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt die Berichterstattung zur Beschlusskontrolle zur Kenntnis.*

**6. AfUKE 24.08.2021**

## **7. Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040**

Vorlage Nr. VL 379/2021

Die Fraktion B'90/Die Grünen wirft die Frage nach der Anwendung des Passivhaus-Standards bei der Sanierung von Gebäuden auf. Außerdem stelle sich auch die Frage, welche Energiestandards die Stadt bei angemieteten Gebäuden, beispielsweise bei Kindergärten, ansetzt. Nach Auffassung ihrer Fraktion sollten in solchen Fällen entsprechende Auflagen gemacht werden. Als sinnvoll wird es zudem angesehen, auch die Gebäude der KEG in die Beschlussfassung mit einzubeziehen.

Herrn Kammann interessiert der Kostenrahmen der externen Beauftragung zur Erstellung einer Roadmap.

Herr Daub und Herr Schumann erklären dazu, dass es sich bei der Vorlage zunächst einmal lediglich um einen Lückenfüller handle, der die Zeit abdecken soll, bis eine feste Roadmap für die Stadt vorliegt. Dann seien auch genauere Angaben zu Fragestellungen wie Kostenpunkte, Personaleinsatz und Prioritäten möglich. Ergänzend dazu informiert Herr Daub, dass

die letzte Woche veröffentlichte Förderrichtlinie „progres.nrw – Klimaschutztechnik“ natürlich auch Eingang in die Betrachtungen finde.

Kostenpunkt liege bei der externen Vergabe zur Erstellung der Roadmap bei ca. 50.000-100.000 Euro.

Bezüglich der Anwendung des Passivhaus-Standards werde in der Vorlage erst einmal lediglich die Anwendung auf Neubauten und Anbauten an Bestand gefordert. Ob dies auch für Sanierungen in Frage käme, werde derzeit noch geprüft, da es sich hierbei um einen deutlich komplexeren Sachverhalt handle.

Da die Vorlage sich erst einmal nur auf kommunale Gebäude, die die Stadt selbst betreibt, bezieht, sei die Frage nach den Energiestandards bei angemieteten Objekten und wieviel Einfluss man als Stadt dabei nehmen wolle, bisher noch nicht betrachtet worden. Dies sei eine Fragestellung, mit der man sich eventuell noch einmal vertiefter auseinander setzen müsste.

Ob die Beschlüsse auch auf die KEG anwendbar sind, kann nicht mit eindeutiger Gewissheit beantwortet werden. Mit betrachten müsse man bei diesem Ansatz jedoch auch die enormen wirtschaftlichen Folgen für die KEG, die damit einhergingen.

Herr Boller erinnert sich, dass der Rat das Weisungsrecht über die Mitglieder des Aufsichtsrates habe und dementsprechend ein Recht zur Beschlussfassung hätte.

In Absprache mit der Verwaltung wird sich darauf geeinigt, als Umweltausschuss die Anwendung der Beschlüsse auf die KEG zu empfehlen und eine Stellungnahme von Herrn Cavellius zum Einbezug der KEG bis spätestens zur nächsten Ratssitzung abzuwarten. Auch die Fragestellung bezüglich angemieteter Gebäude, insbesondere demnächst neu zu errichtender Kindergärten, solle noch einmal vertieft betrachtet werden.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, bis zur Verifizierung durch die Roadmap/Fahrplan „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ folgende Sofortmaßnahmen:

1. sich zunächst der Definition des EU-Parlaments zur Klimaneutralität anzuschließen.
2. Neubauten (auch Anbauten im Bestand) der Stadt Siegen mindestens im Passivhausstandard zu errichten. (vorbehaltlich Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie etwa Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude)
3. die CO<sub>2</sub>-neutrale Wärmeversorgung der Liegenschaften anzustreben (fossile Wärmeerzeuger sind nur in technisch zuvor begründeten Einzelfällen zulässig) und verfügbare Fördermittel bei jeder Heizungssanierung zu beantragen.
4. bei allen Neubauten und Dachsanierungen die solare Nutzung der Dachfläche verpflichtend umzusetzen, entweder in Eigenregie oder mit Hilfe eines externen Dienstleisters, welcher den Strom aus der Anlage an die Stadt direkt liefert. Die **Maximalauslegung** („Maximalauslegung bedeutet die Dachflächen abzüglich der Flächenanteile des Daches, die wegen Verschattung, Dachaufbauten, Dachfenstern, anderer Dachnutzungen oder Ausrichtung nach Norden (Himmelsrichtungen zwischen Ostnordost und Westnordwest) nicht genutzt werden können) der Anlagen ist anzustreben, wo möglich in Kombination mit einer Dachbegrünung.
5. schon jetzt Kompensationsmaßnahmen anzugehen und diese bilanziell zu erfassen.

6. dass die Kompensation von Emissionen zunächst vorrangig innerhalb des Stadtgebietes und erst nachrangig außerhalb des Stadtgebietes erfolgen muss.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie empfiehlt, die vorstehenden Beschlüsse auch auf die KEG anzuwenden.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**6. AfUKE 24.08.2021**

**8. Bericht Stabsstelle Klimaschutz  
- mündlicher Bericht -**

Ergänzend zu dem den Ausschussmitgliedern schriftlich vorliegenden Bericht lädt Herr Daub noch einmal herzlich zu dem Vortrag des Energievereins zur Dach und Fassadenbegrünung ein. Die Veranstaltung findet am 06.09.2021 statt, Anmeldungen können sowohl über den Energieverein als auch über ihn selbst erfolgen.

Bezüglich der Information zum Thema Stadtradeln berichtet er erfreut, dass sich die Anmeldezahlen seither fast verdoppelt hätten auf über 450 Teilnehmende.

Abschließend verweist er noch einmal ausdrücklich auf die Information zur Neugründung des Gremiums IPCC.

**6. AfUKE 24.08.2021**

**9. Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**6. AfUKE 24.08.2021**

gez.  
Vorsitzender

gez.  
Schriftführerin

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>UWG- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>10.06.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 4, 4/6</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie**

**24.08.2021**

Betreff:

**Erfahrungsbericht über den Einsatz von Bewässerungssäcken (Treegator)**  
**- Antrag der UWG-Fraktion**



UWG-Fraktion im Rat der Stadt Siegen • Markt 2 • 57072 Siegen

An den  
Bürgermeister der Stadt Siegen  
Herrn Steffen Mues  
Rathaus, Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
19 Juni 2021	
GB 4	PR
Abt. 416	INSTITUTE

Siegen, 05.06.2021  
*Kopien erledigt*

**Antrag gemäß § 9 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie**

**Erfahrungsbericht über den Einsatz von Bewässerungssäcken (Treegator)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Sitzung des Umweltausschuss vom 05.02.2020 berichtete die Grünflächenabteilung im Zuge eines Antrages der UWG-Fraktion über den probeweisen Einsatz von Bewässerungssäcken an ausgesuchten Orten in der Stadt Siegen. Ergebnisse sollten in einer späteren Sitzung vorgestellt werden, dies ist bisher noch nicht geschehen.

Daher bitten wir um einen Sachstands- und Erfahrungsbericht der Grünflächenabteilung, über den Einsatz von Bewässerungssäcken in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie.

Mit freundlichen Grüßen

  
Hans Günter Bertelmann  
Fraktionsvorsitzender

## A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	UWG- Fraktion
Eingang	10.06.2021
Federführend	GB 4, 4/6

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

24.08.2021

Betreff:

**Erfahrungsbericht über den Einsatz von Bewässerungssäcken (Treegator)  
- Antrag der UWG-Fraktion**

### Stellungnahme der Verwaltung:

Die Grünflächenabteilung der Stadt Siegen hat seit Frühling 2020 ca. 100 Stück Bewässerungssäcke von zwei verschiedenen Herstellern beschafft und an verschiedensten Baumstandorten im Stadtgebiet in den Einsatz gebracht.

Der Zeitraum von annähernd zwei vollständigen Vegetationsperioden reicht nicht aus, um den Nutzen und die Wirkung der Bewässerungssäcke abschließend zu bewerten. Da das Jahr 2021 bisher Niederschläge in ausreichendem Maße gebracht hat, ist eine Auswertung im aktuellen Jahr praktisch nicht möglich.

Die Bewässerungssäcke eignen sich nach den bisherigen Erfahrungen gut, um Bäume an extremen Standorten mit zusätzlichem Wasser zu versorgen. Dies sind Standorte mit verdichteten Baumscheiben oder dort, wo die offenen Baumscheiben eher klein sind. Auch in Bereichen mit starkem Oberflächengefälle eignen sich die Bewässerungssäcke gut.

Auch zur Versorgung von bereits beeinträchtigten Bäumen (Baumkrankheiten, Anfahrschäden, Streusalzeintrag) eignen sich die Bewässerungssäcke.

Eine Arbeitserleichterung oder eine größere Effizienz bei der Wässerung von Baumstandorten ist bisher noch nicht ablesbar. Die Handhabung wurde als problemlos zurückgemeldet. Die Bewässerung über einen zuvor ausgebildeten Gießrand bzw. eine Gießmulde oder ein bereits bei der Pflanzung in die Pflanzgrube eingebrachtes Bewässerungsrohr wird aus der Praxis heraus allerdings bevorzugt.

Schäden durch Vandalismus waren bisher nicht zu verzeichnen. Allerdings wurden einige wenige Bewässerungssäcke entwendet.

Die Bewässerungssäcke werden zum Teil als optisch störend in den Anlagen empfunden. Das zu erwartende erhöhte Abfallaufkommen nach dem Ende der ‚Lebenszeit‘ des Bewässerungssackes (Material Polyethylen) wird ebenfalls als Nachteil gewertet. Die Haltbarkeit der Säcke ist nach den bisherigen Erfahrungen aber deutlich höher als erwartet.

Aufgrund der relativ kurzen Einsatzzeit und des glücklicherweise wieder ‚normalen‘ Niederschlags im Jahr 2021 kann bisher leider nicht mehr als ein Zwischenfazit gezogen werden.

Die Grünflächenabteilung wird die Bewässerungssäcke zunächst weiter gezielt an problematischen Baumstandorten und in Trockenphasen einsetzen, um weitere Erfahrungen zu sammeln.

Gleichzeitig werden bei Neupflanzungen weiterhin alle Möglichkeiten ausgenutzt, um die jeweiligen Baumstandorte weitestgehend zu optimieren (Größe der Pflanzgrube, Größe der offenen Baumscheibe, Substrat etc.), um die Bäume an ihren Standorten nachhaltig zu stärken.

Gez. R. Bergholz





UWG-Fraktion im Rat der Stadt Siegen • Markt 2 • 57072 Siegen

An den  
Bürgermeister der Stadt Siegen  
Herrn Steffen Mues  
Rathaus, Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
19 Juni 2021	
GB 4	PR
Abt. 416	INSTITUTE

Siegen, 05.06.2021  
*Kopien erledigt*

**Antrag gemäß § 9 der GeschO des Rates der Stadt Siegen zur nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie**

**Erfahrungsbericht über den Einsatz von Bewässerungssäcken (Treegator)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Sitzung des Umweltausschuss vom 05.02.2020 berichtete die Grünflächenabteilung im Zuge eines Antrages der UWG-Fraktion über den probeweisen Einsatz von Bewässerungssäcken an ausgesuchten Orten in der Stadt Siegen. Ergebnisse sollten in einer späteren Sitzung vorgestellt werden, dies ist bisher noch nicht geschehen.

Daher bitten wir um einen Sachstands- und Erfahrungsbericht der Grünflächenabteilung, über den Einsatz von Bewässerungssäcken in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie.

Mit freundlichen Grüßen

  
Hans Günter Bertelmann  
Fraktionsvorsitzender

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen</b>
<b>Eingang</b>	<b>14.07.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 2, Abt. 2/2-3</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie**

**24.08.2021**

Betreff:

**Ausschreibungskriterien für Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks  
- Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen**





**BÜNDNIS 90**  
**DIE GRÜNEN**

Bündnis 90/Die Grünen · Im Rat der Stadt Siegen · Markt 2/Rathaus · 57072 Siegen

An den Vorsitzenden  
des Umweltausschusses  
Joachim Boller

Rathaus Siegen  
Markt 2  
57072 Siegen

EINGANG BÜRGERMEISTER	
14. Juli 2021	
GB Abt. 2/2-3	PR INSTITUTE

Bündnis 90/Die Grünen  
Im Rat der Stadt Siegen

Markt 2  
57072 Siegen

404-1432  
gruene@Siegen.de

**Antrag zur Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Siegen am 24.08.2021**  
**Ausschreibungskriterien für Fahrzeuge des städtischen Fuhrparks**

Sehr geehrter Herr Boller,  
sehr geehrte Damen und Herren im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie,  
die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragt, in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie der Stadt Siegen den folgenden Antrag zu beraten und zu beschließen:

**Beschlussvorschlag**

1. Das in Vorlage 380/2021 ausgeschriebene Fahrzeug wird mit neuen Kriterien erneut ausgeschrieben. In der Vergabematrix wird einem umweltfreundlichen CO<sub>2</sub>-neutralen Fahrzeugantrieb ein hoher Stellenwert zugewiesen. Ein möglichst geringer Schadstoffausstoß wird das Hauptkriterium für eine Vergabe, nicht mehr der Preis. Die Bewertungsmatrix wird dahingehend geändert.
2. Bei allen kommenden Fahrzeug-Ausschreibungen wird dementsprechend verfahren. In der Bewertungsmatrix erhalten Klima-freundliche Antriebe den höchsten Stellenwert.

**Begründung**

Der Rat der Universitätsstadt Siegen hat am 25.09.2019 gemäß Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen folgendes beschlossen: „Die Universitätsstadt Siegen erkennt die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.“


Diese Zielsetzung ist natürlich auch bei der Anschaffung von neuen Fahrzeugen zwingend zu berücksichtigen. Die Prämisse in den Vorlagen zur Fahrzeugbeschaffung „Einziges Zuschlagskriterium ist der Preis“ ist hier keineswegs zielführend. Im Sinne dieses Beschlusses und der Zielsetzung Klimaschutz muss konsequent darauf geachtet werden, dass die neu angeschafften Fahrzeuge möglichst wenige Schadstoffe ausstoßen. Dies muss sich in den Prioritäten der Ausschreibungen wiederfinden.

Mit der Umsetzung der Pariser Klimaziele muss auch auf kommunaler Ebene jetzt begonnen werden, also auch bei der Neubeschaffung von Fahrzeugen, die 8 bis 10 Jahre im Einsatz sein werden.

Den an Ausschreibungen interessierten Firmen muss bereits mit den Ausschreibungsunterlagen deutlich werden, dass das höchste Kriterium der Vergabe ein umweltfreundlicher und möglichst CO<sub>2</sub>-neutraler Antrieb ist.

Mit freundlichen Grüßen,  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Siegen

Eckard Wüst  
Mitglied des Umweltausschusses

  
i.A. Lena Schmidt  
Fraktionsbüro

## **A N T R A G**

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

<b>Antragsteller/in</b>	<b>FDP- Fraktion</b>
<b>Eingang</b>	<b>06.08.2021</b>
<b>Federführend</b>	<b>GB 2/ Abt. 2/2-3</b>

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie**

**24.08.2021**

Betreff:

**Aufnahme in den Winterdienst der Straße "Unter dem Lindchen" in Siegen-Oberschelden  
- Antrag der FDP-Fraktion -**

EINGANG BÜRGERMEISTER	
06. Aug. 2021	
GB 2	PR
Abt. 212-3	INSTITUTE

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen  
Zimmer: B 313  
Telefon: 0271 404-1536/-1537  
Telefax: 0271 404-1539  
E-Mail: fdp@siegen.de  
Internet: www.fdp-siegen.de  
Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An den  
Bürgermeister der Stadt Siegen  
Herrn Steffen Mues  
Rathaus Markt 2  
57072 Siegen

Siegen, 06. 08. 2021

**Antrag gemäß § 9 der GO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 24.08.2021.**

**Betreff: Aufnahme in den Winterdienst der Straße "Unter dem Lindchen" in Siegen-Oberschelden.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anlieger der Straße „Unter dem Lindchen“ im Ortsteil Oberschelden bitten um Aufnahme in den Winterdienst ab dem Winter 2021/2022.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Volker Walter  
Fraktionsvorsitzender

gez. Walter Schneider  
Stadtverordneter



## A N T R A G

gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen  
und seine Ausschüsse

Antragsteller/in	FDP- Fraktion
Eingang	06.08.2021
Federführend	GB 2/ Abt. 2/2-3

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

**Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie**

**24.08.2021**

Betreff:

**Aufnahme in den Winterdienst der Straße "Unter dem Lindchen" in Siegen-Oberschelden  
- Antrag der FDP-Fraktion -**

1. Bei der Straße Unterm Lindchen in Siegen-Oberschelden handelt es sich um eine Anliegerstraße von ca. 60 m Länge, durch die 2 Häuser (Hausnummern 5 und 8) erschlossen werden.  
Das Haus mit der Hausnummer 2 wird über die Straße Vor der Hohler erschlossen.
2. Bis einschließlich 31.12.2020 gehörte die Straße Unterm Lindchen zum nachrangigen Winterdienst. Dieser wurde durch Beschluss des Rates vom 15.12.2020 zum 01.01.2021 eingestellt.
3. Laut den maßgebenden Vorschriften besteht eine Pflicht zum Winterdienst auf Fahrbahnen nur, wenn eine Straße oder ein Straßenteil gefährlich und verkehrswichtig ist. Dabei müssen beide Voraussetzungen vorliegen. Allein die Tatsache, dass eine Straße steil und damit bei winterlichen Verhältnissen gefährlich sein kann, begründet keine Winterdienstpflicht der Kommune.  
Eine Straße, die lediglich der Erschließung von 2 Häusern dient, kann keinesfalls als verkehrswichtig eingestuft werden.

Da das Vorliegen der Verkehrswichtigkeit nicht gegeben ist, besteht rechtlich kein Anspruch auf die Aufnahme in den städtischen Winterdienst.

Der Bitte der Anlieger kann daher nicht entsprochen werden.

Gleichwohl wird im Rahmen der Möglichkeiten und bei sehr extremen Verhältnissen die Straße Unter dem Lindchen wie alle bisherigen Straßen des nachrangigen Winterdienstes durch den städtischen Winterdienst geräumt und gestreut. Dies ist allerdings unter den vorgenannten Voraussetzungen nur dann möglich, wenn der reguläre Winterdienst abgearbeitet ist.

**Der gleichlautende Antrag wurde bereits zur Sitzung des Bezirksausschusses VI Siegen-Eiserfeld am 25.05.2021 gestellt.**

**Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.**

EINGANG BÜRGERMEISTER	
06. Aug. 2021	
GB 2	PR
Abt. 212-3	INSTITUTE

Geschäftsstelle: Rathaus | Markt 2 | 57072 Siegen  
Zimmer: B 313  
Telefon: 0271 404-1536/-1537  
Telefax: 0271 404-1539  
E-Mail: fdp@siegen.de  
Internet: www.fdp-siegen.de  
Geschäftsstelle neu: Kornmarkt 20

FDP-Fraktion im Rat der Universitätsstadt Siegen | Markt 2 | 57072 Siegen

An den  
Bürgermeister der Stadt Siegen  
Herrn Steffen Mues  
Rathaus Markt 2  
57072 Siegen

Siegen, 06. 08. 2021

**Antrag gemäß § 9 der GO des Rates der Universitätsstadt Siegen zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 24.08.2021.**

**Betreff: Aufnahme in den Winterdienst der Straße "Unter dem Lindchen" in Siegen-Oberschelden.**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anlieger der Straße „Unter dem Lindchen“ im Ortsteil Oberschelden bitten um Aufnahme in den Winterdienst ab dem Winter 2021/2022.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Volker Walter  
Fraktionsvorsitzender

gez. Walter Schneider  
Stadtverordneter



## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 2  
Bereich: Stadtreinigung  
Bearbeitet von: Elmar Diehl

Siegen, 20.07.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

---

**Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung** **19.08.2021**

---

**Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie** **24.08.2021**

---

Kurzbezeichnung:

**Gemeinsamer Antrag der UWG-Fraktion und der Volt-Fraktion vom 09.02.2021**  
**Maßnahmen zur Vermüllungseindämmung**  
**Befristete Einstellung von Abfallkontrolleurinnen bzw. Abfallkontrolleuren**

---

### Beschlussvorschlag:

Die Ausschüsse für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung sowie Umwelt, Klima und Energie schließen sich der Entscheidung des Arbeitskreises Abfallwirtschaft, den Antrag zu Ziffer 3 (befristete Einstellung von 4 Abfallkontrolleurinnen / Abfallkontrolleuren) abzulehnen, an.

### Sachverhalt / Begründung:

Der gemeinsame Antrag der UWG-Fraktion und der Volt-Fraktion vom 09.02.2021 wurde am 25.02.2021 im Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung und am 09.03.2021 im Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie beraten.

Beide Ausschüsse haben den Antrag zur weiteren Beratung an den Arbeitskreis Abfallwirtschaft verwiesen.

Am 27.05.2021 hat der Arbeitskreis Abfallwirtschaft im Rahmen einer Webex-Sitzung über den Antrag beraten.

Als Beratungsgrundlage diente die als Anlage beigefügte Faktensammlung.

Angesichts der dargestellten hohen Kosten für die Einrichtung der benötigten Mehrstellen wurde insbesondere der Kosten-Nutzenfaktor einer möglichen Umsetzung eingehend diskutiert.

Im Rahmen der Diskussion wurde klargestellt, dass die Kosten im Rahmen des Gebührenhaushaltes Abfallbeseitigung gedeckt werden könnten. Dies allerdings nur zu Lasten der Abfallgebühren und damit der Bürgerinnen und Bürger.

Durch die antragstellenden Fraktionen wurde im Verlauf der Sitzung des Arbeitskreises vorgeschlagen zumindest einen Pilotversuch mit nur 2 Personen zu starten.

Zum Abschluss der Diskussion erfolgte die Abstimmung über den Antrag vom 09.02.2021. Das Abstimmungsergebnis ergab ein mehrheitliches Votum gegen die Einstellung von Abfallkontrolleurinnen / Abfallkontrolleuren.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  <div style="height: 80px;"></div>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  <div style="height: 100px;"></div>			

i.A.

gez.

Diehl

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

Anlage(n):

1. [AK Abfallwirtschaft 27.05.2021 TOP 2 Abfallkontrolleurinnen / Abfallkontrolleure](#)

## Sitzung des Arbeitskreises Abfallwirtschaft am 27.05.2021

### TOP 2

## Beratung des Antrages der UWG-Fraktion und Volt-Fraktion vom 09.02.2021

### "Maßnahmen zur Vermüllungseindämmung"

1. Folgender Antrag wurde durch die UWG-Fraktion und die Volt-Fraktion in den Ausschüssen für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung und Umwelt, Klima und Energie gestellt und zur weiteren Beratung an den Arbeitskreis Abfallwirtschaft verwiesen:

**3. Zur Sicherstellung der Zielsetzung empfehlen die Ausschüsse für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung sowie Umwelt, Klima und Energie dem Rat der Stadt Siegen zum nächstmöglichen Zeitpunkt, zunächst befristet für ein Jahr, vier Abfallkontrolleur\*Innen einzustellen und die hierfür erforderlichen stellenplanrechtlichen Voraussetzungen in den für das Jahr 2021 zu beschließenden Haushalt einzustellen.**

2. Die Verwaltung wurde gebeten, zunächst zu ermitteln, welche Kosten mit der Einrichtung der neuen Stellen verbunden sind.
  - Neben den 4 Stellen für die Abfallkontrolleurinnen / Abfallkontrolleure muss mindestens eine halbe Stelle zur Einleitung von Bußgeldverfahren zusätzlich im Innendienst eingerichtet werden.
  - Die Eingruppierung der Kontrollierenden liegt bei vergleichbaren Kommunen mindestens bei EG 5 und bei den Sachbearbeitenden im Innendienst bei EG 9a.
  - Zu den Personalkosten kommen Kosten für 2 Fahrzeuge (2 Zweierteams) sowie laufende Betriebskosten.

#### **Kostenschätzung:**

Personalkosten 4 x EG 5	54.000 €	rd.	220.000 €
Personalkosten 0,5 x EG 9a	80.000 €	rd.	40.000 €
2 Fahrzeuge á 15.000 €	30.000 € Abschreibung jährlich	rd.	3.750 €
Zuzüglich Betriebskosten (Kfz-Versicherung, Kfz-Steuer, Kraftstoff)		rd.	2.000 €
Geschätzte Jahreskosten		rd.	<u>265.750 €</u>

3. In diesem Jahr haben die Städte Recklinghausen und Mülheim an der Ruhr Pilotprojekte mit Abfallkontrolleuren gestartet.

Am 01.02.2021 wurde in Mülheim mit zwei „Mobilen Sauberkeits- und Beratungsteams“ mit je 2 MA begonnen. Ab 01.04.2021 ist dann ein drittes Team hinzugekommen.

In jedem Team sind je ein Mitarbeiter aus dem Bereich Abfallbeseitigung und ein MA einer Security-Firma eingesetzt.

Zum einen patrouillieren sie fußläufig im Innenstadtbereich und zum anderen mit je einem Fahrzeug im restlichen Stadtgebiet.

Sofern Hinweise auf einen Verursacher oder eine Anschrift des möglichen Verursachers einer wilden Müllkippe gefunden werden, erfolgt, sofern die Anschrift im Stadtgebiet liegt eine persönliche Ansprache an der Haustür.

Für kleinere Verunreinigungen haben die MA Müllzangen, Abfallsäcke und 90 l Mörtelfässer mit im Fahrzeug. Hier werden die städtischen MA nach EG 5 eingruppiert.

In Recklinghausen sind seit 01.04.2021 2 MA, die nach EG 6 eingruppiert sind, mit einem Fahrzeug im Stadtgebiet unterwegs.

Verwarnungsgelder und Bußgeldverfahren werden beim Ordnungsamt bearbeitet.

In Absprache erfolgt zeitweise auch eine gemeinsame „Streife“ mit Begleitung des Ordnungsdienstes.

Auch hier sollen persönliche Ansprachen bei ordnungswidrigem Verhalten erfolgen.

4. Inwieweit ein Teil der entstehenden Kosten durch Bußgeldeinnahmen gedeckt werden können, kann derzeit nicht beziffert werden. Da aber der eindeutige Nachweis einer Ordnungswidrigkeit nur in den seltensten Fällen möglich sein wird, werden die Einnahmen nur einen Bruchteil der Kosten decken können.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stadtentwicklung  
Bearbeitet von: Herr Daschke

Siegen, 10.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>24.08.2021</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>25.08.2021</b>
<b>Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften</b>	<b>26.08.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Errichtung von PV-Freiflächenanlagen im Stadtgebiet Siegen  
- Zwischenbericht zur Potenzialflächenanalyse**

### Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Bauausschuss nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

#### **Ausgangslage:**

Mit Beschluss vom 15.12.2020 hat der Rat der Universitätsstadt Siegen die Verwaltung mit der Durchführung einer stadtweiten Potenzialflächenanalyse beauftragt, um Flächen zu identifizieren, die zur Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen geeignet sind (vgl. Vorlage 23/2020).

**Durchführung der Analyse:**

Folgende Schritte konnten durch die beteiligten Fachabteilungen 4/1 Vermessung und Geoinformation, 4/5-1 Stadtentwicklung, 4/7 Umwelt sowie die Stabsstelle Klimaschutz bereits umgesetzt werden:

1. Identifizierung aller Flächen, die nach den Vorgaben des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG, seit 01.12.2020 in neuer Fassung vorliegend) potenziell für eine Nutzung durch PV-Freiflächenanlagen geeignet sind.

Hierzu wurden folgende Flächenkategorien herangezogen:

- a) Flächen in einem Abstand von bis zu 200 m entlang der Autobahn
- b) Flächen in einem Abstand von bis zu 200 m entlang von Schienenwegen
- c) Konversionsflächen / Deponieflächen
- d) Ungenutzte Flächen in planungsrechtlich gesicherten Gewerbe-/Industriegebieten, die nach Einschätzung der Abteilung 1/2 Wirtschaftsförderung schon lange brach liegen, nicht vermarktbare sind und für eine Bebauung eher nicht geeignet sind (zu steil etc.). Für diese Flächen besteht für die Errichtung gewerblich genutzter PV-Anlagen üblicherweise bereits Planungsrecht, so dass eine weitere Analyse hier entbehrlich ist.

2. Die ermittelten Flächen aus 1.a), b), c) wurden sodann mit Flächen überlagert, auf denen die Errichtung einer PV-Freiflächenanlagen erhebliche Beeinträchtigungen von Schutzgütern verursachen würde bzw. aufgrund des jeweils ausgewiesenen Schutzstatus ohnehin nicht zulässig ist. Unter anderem sind dies Waldgebiete, Gewässerflächen, Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete, Geschützte Landschaftsbestandteile etc..

Darüber hinaus wurden Verkehrs- und Gebäudeflächen aus den Basisflächen ausgeschnitten, da diese für eine PV-Nutzung nicht zur Verfügung stehen. Großflächige Parkplätze wurden analog der Studie des LANUV NRW mit betrachtet, sind jedoch nicht für Freiflächenanlagen im eigentlichen Sinne geeignet. Hier kämen aufgeständerte Module in Frage, die als baulichen Anlagen zu bewerten sind.

Der Analyse liegt die Annahme zugrunde, dass die rentable Nutzung einer PV-Anlage nur durch eine entsprechende Vergütung nach EEG möglich ist. Aufgrund der Wirtschaftlichkeit wurden daher Flächen kleiner als 4.000 m<sup>2</sup> nicht weiter betrachtet.

*Hinweis: Ergänzend zu den ermittelten Flächen nach den EEG-Kriterien kann es weitere wirtschaftlich nutzbare Flächen geben, bei denen der Ertrag über einen lokalen Eigenverbrauchsbedarf bzw. überregionale alternative Vermarktungsmöglichkeiten (bspw. Power Purchase Agreement (PPA)) erzielt werden kann. Diese Flächen werden im Rahmen der Untersuchung nicht betrachtet.*

### 3. Beschreibung und Bewertung

Durch die beteiligten Fachabteilungen wurden schließlich rund 110 Einzelflächen anhand eines standardisierten Schemas beschrieben und bewertet. Relevante Parameter waren hier z. B. Solareignung, Eigentumsverhältnisse, biologische Vielfalt, Bodenfunktion, Landschaftsbild, klimatische Einschätzung, Erschließung, Altbergbau oder Altlasten.

Teilweise wurden zudem größere Flächen aufgrund von topographischen Besonderheiten oder ihres Zuschnitts nochmals in Teilflächen untergliedert.

#### **Ausstehende Tätigkeiten:**

Die Bearbeitung der stadtweiten Analyse ist zu ca. 70 % abgeschlossen, für alle potenziellen Flächen wurden durch die Fachabteilungen Einschätzungen abgegeben. Detailbetrachtungen sind für einzelne Flächen jedoch noch erforderlich. Die Ergebnisse der Flächenbewertung müssen schlussendlich noch in einem Abschlussbericht zusammengestellt werden, der schließlich den zuständigen Gremien zur Beratung vorgelegt wird.

#### Betrachtung von Lärmschutzwänden/-wällen, Brücken

- Straßen.NRW:

Die Errichtung und der Betrieb von PVA an Brücken, Lärmschutzwänden/-wällen ist laut Auskunft von Straßen.NRW nicht grundsätzlich ausgeschlossen, bedarf jedoch eines Nutzungsvertrages. Bei der Bearbeitung dieses Vertrages würden von Straßen.NRW z.B. auch die Belange des konstruktiven Ingenieurbaus geprüft, wenn es sich um bauliche Anlagen an Lärmschutzwänden handelt. Solche Anlagen sind allerdings keine Freiflächenanlagen nach EEG und sollten daher in dieser Untersuchung nicht mit behandelt werden.

- Autobahn.GmbH:

Bzgl. der Autobahnen liegt noch keine Stellungnahme vor

#### **Anmerkungen zur Analyse:**

Während der Durchführung der Analyse sowie bei der Diskussion zum Projekt der Siegener Versorgungsbetriebe in Gosenbach (s. u.) wurden wichtige Erkenntnisse gewonnen. Grundsätzlich gilt, dass die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage immer zu Konflikten mit der aktuellen Flächennutzung führt. Vor allem betrifft dies bei den Untersuchungsflächen Grünland- und Waldnutzung. Grenzt eine Potenzialfläche zudem an bestehende Waldgebiete an, muss aufgrund von Verschattung und dem Schutz (vor umfallenden Bäumen / Feuer etc.) ein Waldabstand eingehalten werden. Dieser führt wiederum zur Verkleinerung der potenziellen Flächen. Alternativ muss mit einer vertraglichen Regelung ein Schadensverzicht o. ä. mit dem Waldeigentümer vereinbart werden.

Bei der stadtweiten Analyse handelt es sich lediglich um eine Ersteinschätzung. Bei den sich anschließenden konkreten Bebauungsplanverfahren müssen weitere Gutachten vom Projektierer eingeholt werden (Umweltbericht, Artenschutz), durch die sich weitere Einschränkungen ergeben können.

#### **Konkrete Projekte:**

Im laufenden Analyseprozess für potenzielle Standorte hat es im Frühjahr 2021 eine Anfrage der Siegener Versorgungsbetriebe (SVB) gegeben, die im Bereich Rothenberg in der Nähe



des Autobahnzubringers Siegen-Mitte eine PV-Freiflächenanlage errichten wollen. Gemäß Ratsbeschluss vom 15.12.2020 wird die Stadt das erforderliche Bauleitplanverfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans mit paralleler Änderung des Flächennutzungsplans selbst durchführen. Hierzu hat der Bauausschuss am 10.03.2021 anhand der vorgestellten Konzeption einen Konzeptionsbeschluss gefasst (vgl. Vorlage 232/2021). Nach Durchführung der internen Beteiligung und der frühzeitigen Behördenbeteiligung läuft derzeit (09.-27.08.2021) die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 457 „PV-Anlage Rothenberg“.

**Finanzielle Auswirkungen** ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

#### Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Die Analyse selbst hat keine Auswirkungen auf das Klima. Erst durch die Errichtung konkreter Anlagen würde ein positiver Effekt entstehen.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  			

i. V.

gez.

Thomas Daschke

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stabsstelle Klimaschutz  
Bearbeitet von: Lars Ole Daub

Siegen, 02.08.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>24.08.2021</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>25.08.2021</b>
<b>Verkehrsausschuss</b>	<b>31.08.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>22.09.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Jährliche Beschlusskontrolle: Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates**

### Beschlussvorschlag:

Die Gremien nehmen die Berichterstattung zur Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

### Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 25.09.2019 weitreichende Beschlüsse zum Klimaschutz getroffen und darüber hinaus entschieden, dass regelmäßig umfassend in den Sitzungen des Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie sowie jährlich im Rat über Fortschritte und Schwierigkeiten zu informieren ist. In der folgenden Anlage ist eine Übersicht zur Beschlusskontrolle für die Umsetzung der Klimabeschlüsse in tabellarischer Form beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

<b>Klimarelevanz</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<b>Veränderungen CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>  <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<b>Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<b>Bestehen alternative Handlungsoptionen?</b>  <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  <div style="height: 60px;"></div>			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  <div style="height: 100px;"></div>			

im Auftrag

gez.

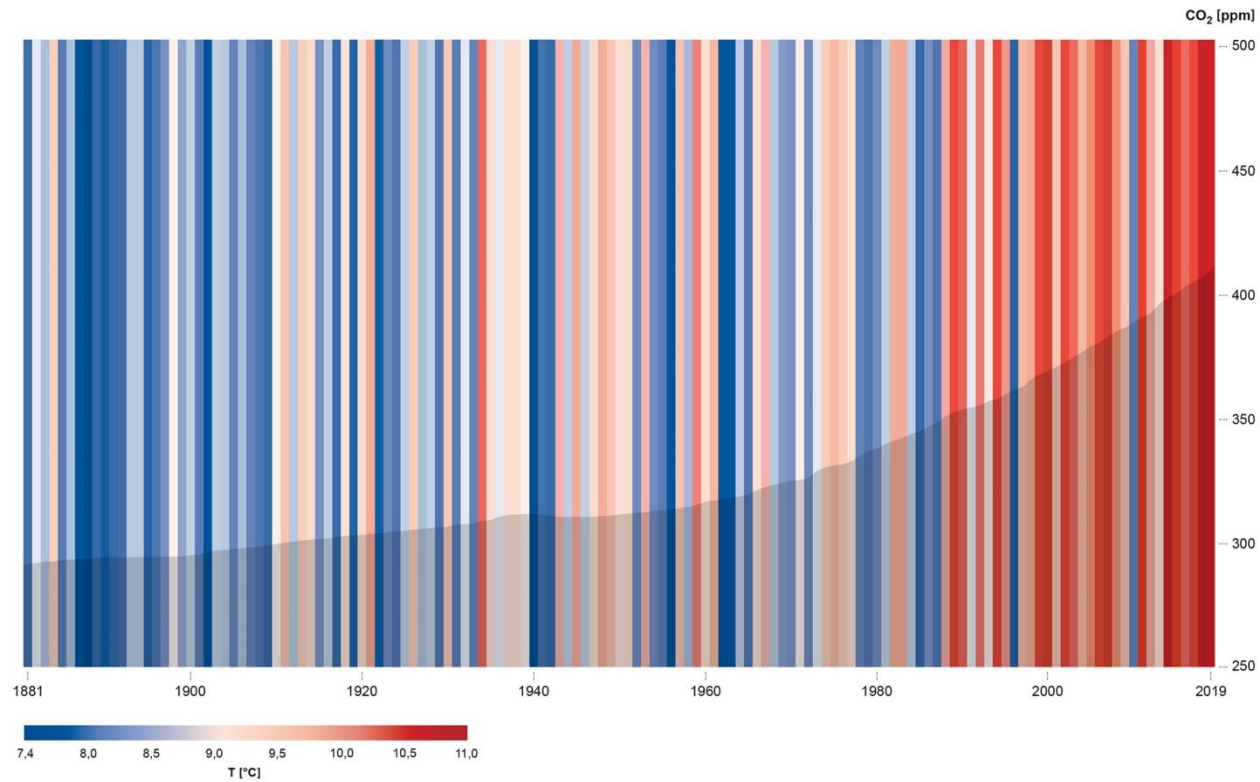
Andre Schmidt  
Dezernent

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## Umsetzung der Klimabeschlüsse des Rates

Stand: 06.08.2021

Warming Stripes NRW – Barcode des Klimawandels



Beschlussinhalt	Datum	Federführung	Mitwirkung	Bearbeitungsstand
<p><b>Ausbau erneuerbarer Energien:</b> Zur Konkretisierung des Antrags zum Haushalt der Stadt Siegen 2018 soll die Energieversorgung mit Photovoltaikanlagen weiter vorangebracht werden. Hier sind entsprechende Anlagen, zum Beispiel an der Gesamtschule Geisweid, gut vorstellbar. Darüber hinaus können mit den zur Verfügung gestellten Haushaltsmitteln weitere Anlagen installiert werden. Hierzu werden zeitnah Vorschläge, noch im 1. Quartal 2019, erwartet.</p> <p>Im Haushalt werden für neue rentable Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden 400.000 Euro zur Verfügung gestellt. Grundsätzlich soll die Verwaltung zukünftig bei jeder städtischen Sanierung im Dachbereich prüfen, ob die Installation einer Photovoltaikanlage rentabel ist.</p>	30.01.2019	4/4-3	Stabsstelle Klimaschutz	<p><i>Der Ausbau erneuerbarer Energien war bereits Gegenstand der Diskussion in mehreren Sitzungen des interfraktionellen Arbeitskreises Klimaschutz. Von der Verwaltung wurde deutlich gemacht, dass die PV-Eignungsprüfung regelmäßig von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Technischen Gebäudewirtschaft (TGW) bei baulichen Veränderungen eines Daches durchgeführt wird.</i></p> <p><i>Die Verwaltung wurde vom Umweltausschuss in seiner Sitzung am 28.11.2019 beauftragt zu prüfen, in welchen städtischen Objekten mit hohem Energieverbrauch eine Nutzung der Solarenergie möglich ist. Dies sollte durch einen externen Fachingenieur erfolgen. Mittlerweile wurde eine Stelle für eine Elektrofachkraft ausgeschrieben, sodass die Prüfung in Kürze selbst durchgeführt werden kann. Die Standortbegutachtungen erfolgen fortlaufend, sind jedoch zeitaufwendig. Der Begriff der Wirtschaftlichkeit für PV-Anlagen wurde zwischenzeitlich als politische Vorgabe definiert, da erst mit dieser Klarstellung die erwünschte Amortisationszeit der Investitionen für eine PV-Anlage auf einem städtischen Gebäude beurteilt werden konnte. Aus Gründen der zukünftig benötigten Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen, ist die Wirtschaftlichkeit jedoch nicht das einzige Kriterium bei der Dimensionierung neuer Anlagen.</i></p> <p><i>Die Stadt Siegen hat in 2019 den <b>Kauf von 2 bestehenden</b> - von einem Investor in 2011 errichteten <b>Solaranlagen (24,79 kWp) auf den Schulgebäuden Pestalozzischule und Achenbacher Schule</b> in Höhe von 46.000 Euro (Einspeisevergütung 2019 = 8.184 Euro) beschlossen. Der Besitzübergang erfolgte am 01.07.2020. Darüber hinaus war im Gespräch die Bürgersolaranlage am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium in städtischen Besitz zu überführen. Hierzu erfolgte eine Prüfung, zu welchen Konditionen dies möglich ist. Auf Grund der Umrüstkosten, um die ausgeführte Anlage auf Eigenverbrauch umzustellen und wegen Betriebsrisiken auf Grund des Anlagenalters (Anlagenzustand) hat die Stadt von einem Kauf abgesehen. Gespräche mit einer Bürgerenergiegenossenschaft die Anlage durch eine Neuanlage zu ersetzen, waren nicht erfolgreich, auch weil eine in der Betriebszeit anstehende Dachsanierung einige Herausforderungen mit sich bringt.</i></p> <p><i>Von der Verwaltung wurden zwischenzeitlich zahlreiche weitere klimarelevante Projekte erarbeitet, die zeitnah umgesetzt werden könnten. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Projekte aus den Bereichen Gebäudewirtschaft und Mobilität. Der Arbeitskreis Klimaschutz hat sich dafür ausgesprochen, zur Finanzierung dieser Maßnahmen auch auf die in 2019 bereitgestellten Klimaschutzmittel zurückzugreifen.</i></p> <p><i>Der Bauausschuss hat in seiner Sitzung am 18.08.2020 folgende Verwendung der bereitgestellten Mittel beschlossen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Errichtung von 50 Mikro-PV-Anlagen auf städtischen Gebäuden;</li> <li><u>Kosten:</u> ca. 95.000 Euro</li> <li>- Errichtung von 3 PV-Anlagen mit bis zu 10 kW-Leistung auf folgenden Gebäuden:</li> </ul> <p><i>Gymnasium Auf der Morgenröthe, Niederschelden</i></p>

				<p>Gesamtschule Siegen, Kolpingstraße Gesamtschule Siegen, Giersbergstraße <u>Kosten:</u> ca. 60.000 Euro</p> <p>Es wurde die Errichtung von <b>zwei PV-Anlagen für das Gymnasium an der Morgenröthe (GAM) und die Bertha-von-Suttner-Schule mit je 30kWp ausgeschrieben</b>, eine Angebotsauswertung ist erfolgt. Eine weitere <b>Anlage mit 18kWp auf der Jung-Stilling-Schule</b> befindet sich bereits in <b>Planung</b> und soll demnächst errichtet werden.</p> <p>Errichtung von solarthermischen Anlagen auf folgenden städtischen Gebäuden zur Unterstützung des Betriebs von Dusch- und WC-Anlagen: - Leimbachstadion (Installation bereits vorbereitet, Heizung getauscht und um Pufferspeicher ergänzt, Vollzug mit Dachsanierung) - Hofbachstadion - Sportplatz Trupbach - Freibad / Sportplatz Kaan-Marienborn <u>Kosten:</u> ca. 130.000 Euro</p> <p><u>Veranschlagung im Haushaltsplan:</u> Produkt: 01.13.02 – Herstellung, Unterhaltung und Abriss von Gebäuden und baulichen Anlagen Konto: Investition V011302100 „Photovoltaikanlagen auf städt. Gebäuden“</p>
<p><b>Ausbau Radwegenetz</b> Viele (insbesondere dörfliche) Siegener Ortsteile sind untereinander nur über die Landstraßen oder zum Teil über unbefestigte Waldwege zu erreichen. Damit Fahrradfahren attraktiv, sicher und als ernsthafte Alternative zum motorisierten Individualverkehr wahrgenommen wird, bedarf es eines systematischen Ausbaus dieser Verbindungen in den nächsten Jahren. Für eine Auftragserweiterung des Mobilitätskonzeptes zur Planung von neuen Radwegen zwischen den Siegener Ortsteilen im Rahmen des gesamtstädtischen Mobilitätskonzeptes werden im Haushalt 30.000 Euro eingestellt. Hierbei soll auch geprüft werden, ob für den Ausbau Fördermittel genutzt werden können.</p>	30.01.2019	4/1		<p>Eine Auftragserweiterung des Mobilitätskonzeptes zur Planung von neuen Radwegen zwischen den Siegener Ortsteilen im Rahmen des gesamt-städtischen Mobilitätskonzeptes konnte entfallen, da im gesamtstädtischen Konzept die Leistung miterbracht werden konnte. Die Mittel wurden für weitere Radverkehrsprojekte verwendet (Sachstandsbericht Vorlage 2844/2020).</p> <p>Das <b>Klimaschutzteilkonzept Mobilität ist abgeschlossen</b>, zahlreiche Maßnahmenvorschläge wurden seitens des beauftragten Ingenieurbüros erarbeitet. Betrachtet wurden darin auch die Verbindungen der Siegener Stadtteile untereinander und die Anbindung an die Hauptachse. Diese sind nun in Verbindung mit dem kreisweiten Radverkehrskonzept des Kreises Siegen-Wittgenstein zu sichten. Eine entsprechende <b>Vorlage wird zeitnah eingebracht</b>.</p>
<p><b>Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung</b> Die Stadt Siegen soll mit Hilfe eines Programms zur Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung das Siegener Stadtklima verbessern und dabei zeitgleich neue Lebensräume für Tiere schaffen. Dafür werden 20.000 Euro jährlich bereitgestellt,</p>	30.01.2019	4/7 (priv. Dächer);	4/6	<p>Das vom Rat beschlossene <b>Programm zur Dach- und Fassadenbegrünung</b> wird von der Abteilung 4/7 <b>für den privaten Bereich umgesetzt</b>. Bisher wurden 27 Förderbescheide für private Dachbegrünungen erteilt, davon wurden bei 16 Anträgen die Fördermittel bereits ausgezahlt (Stand Juli 2021). Zwei weitere Anträge befinden sich in Bearbeitung. Veranschlagung im Haushaltsplan 2020 mit 10.000 Euro: Produkt 14010100 / Sachkonto: 5318000</p>



<p>wovon 10.000 Euro für eigene städtische Projekte genutzt werden sollen (beispielsweise zur Begrünung der Parkhäuser in der Heeser Straße und Hinterstraße) und 10.000 Euro für Projekte von Bürger/innen und Vereinen zur Verfügung stehen sollen.</p> <p>Diese sollen einen Zuschuss von 50 Prozent der als förderungsfähig anerkannten Kosten, höchstens jedoch 40 Euro pro Quadratmeter gestalteter Dach- und Fassadenfläche erhalten können.</p>		4/4-1 (städt. Gebäude)		<p><i>Ergänzend bietet die Stadt Siegen in Zusammenarbeit mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein im Jahr 2021 eine Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung im Rahmen des Klimaresilienzprogramms NRW an. Dafür sind ebenfalls zahlreiche Anträge eingegangen. Die Förderbedingungen beider Programme unterscheiden sich, sodass sie sich gegenseitig ergänzen.</i></p> <p><i>Auf dem neuen <b>Anbau der Jung-Stilling-Schule</b> wird eine <b>Dachbegrünung</b> erfolgen, welche durch weitere Klimaschutzmittel mitfinanziert wird.</i></p> <p><i>Veranschlagung in Haushaltsplan 2021 mit 10.000 Euro: Produkt 01.13.02, Investitionskonto A011302100 „Dach- und Fassadenbegrünung“ bzw. Produkt: 14.01.01 / Investition I140101001 Klimaschutzmaßnahmen, Ansatz: 200.000 Euro</i></p>
<p><b>Umsetzung des städtischen Klimaschutzkonzepts und des Insektenschutzkonzepts</b></p> <p>Die in 2018 verabschiedeten Konzepte zum Klimaschutz und zum Insektenschutz zeigen Möglichkeiten zur Verbesserung von Ökologie und Klima durch und in der Stadt Siegen auf.</p> <p>Damit konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Konzepte eingeleitet werden, sollen 2019 und 2020 je 50.000 Euro bereitgestellt werden.</p>	30.01.2019	4/7	4/6 Insekten- schutzkonzept	<p><b>Insektenschutzkonzept</b></p> <p><i>Als Teil des städtischen Insektenschutzkonzeptes wurde im Frühjahr 2019 die Aktion „Siegener Blütenzauber“ ins Leben gerufen. Im Rahmen der Aktion wurden von der Abteilung 4/6 zahlreiche Blühflächen auf städtischen Grundstücken durch Einsaat oder Staudenbepflanzungen im Innenbereich angelegt.</i></p> <p><i>Weiterhin wurde von der Abteilung 4/7 in den Jahren 2019/2020/2021 an ca. 6.700 private Interessenten Saatgut zur Anlage von Blühflächen abgegeben.</i></p> <p><i>Aufgrund der Resonanz wird die <b>Aktion im Spätsommer 2021 fortgesetzt</b>. Ergänzend wurde im Jahr 2020 ein Naturgartenwettbewerb für private Gartenbesitzer durchgeführt.</i></p> <p><u><i>Veranschlagung im Haushaltsplan 2020:</i></u></p> <p><i>Produkt 14010100 / Sachkonto: 5281000 mit 25.000 Euro</i></p> <p><b>Klimaschutzkonzept</b></p> <p><i>Es handelt sich bei dem 2018 fortgeschriebenen Zielkonzept für Klimaschutz und Klimawandelanpassung um ein Paket mit vielfältigen Maßnahmenvorschlägen, welche auch in das Arbeitsprogramm der Stabsstelle Klimaschutz sowie weiterer Fachabteilungen einfließen.</i></p> <p><i>Es wird fortlaufend im AfUKE und AK Klimaschutz über die Maßnahmenumsetzung berichtet, sodass an dieser Stelle wegen des Umfangs auf eine Detailberichterstattung verzichtet werden soll.</i></p>
<p><b>Einführung einer „gelben Tonne“</b></p> <p>In der Stadt Siegen werden jedes Jahr eine große Anzahl von gelben Säcken verbraucht. Um einen Beitrag zu leisten, Plastikmüll zu reduzieren, soll die Verwaltung prüfen, ob eine gelbe Tonne anstelle der gelben Säcke in Siegen verwendet werden kann.</p>	30.01.2019	2/2-3		<p><i>Das Thema „Einführung einer gelben Tonne in Siegen“ wurde am 02.05.2019 im Arbeitskreis Abfallwirtschaft besprochen. Im AfULE am 05.02.2020 wurden folgende Ausführungen gemacht:</i></p> <p><i>Für den Zeitraum 01.01.2020 bis 31.12.2022 wurde durch die Systembetreiber eine Ausschreibung für das Stadtgebiet durchgeführt. Bis zum Ende dieses Zeitraumes ist ein Umstieg auf die gelbe Tonne nicht möglich. Da eine flächendeckende Umstellung von Gelber-Sack-Sammlung auf eine gelbe Tonne insbesondere im Hinblick auf die räumliche Problematik im innerstädtischen Bereich schwierig ist, soll geprüft werden, ob und ggf. welche einzelne Teile</i></p>

				<p>des Stadtgebietes auf gelbe Tonnen umgestellt werden können.</p> <p>Die Ergebnisse wurden zunächst im AK Abfallwirtschaft am 10.11.2020 besprochen.</p> <p>Um eine fristgerechte (ein Jahr vor dem beabsichtigten Wechsel ) Rahmenvorgabe zum 01.01.2023 an die Systeme aussprechen zu können, musste eine politische Entscheidung bis spätestens Ende des 3. Quartals 2021 vorliegen. Mit Ratsbeschluss vom 14.04.2021 wurde die <b>Einführung der gelben Tonne zum 01.01.2023 beschlossen</b>. Von der flächendeckenden Umstellung wird ein fest definierter Bereich der Innenstadt ausgenommen.</p>
<p><b>Fahrradabstellplätze an Bahnhaltepunkten Niederschelden-Nord, Siegen, Weidenau und Geisweid</b></p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellplätze an den Bahnhöfen/Bahnhaltepunkten Siegen, Weidenau, Geisweid und Niederschelden-Nord zu erarbeiten und im Programm „Bike+Ride-Offensive“, ein Kooperationsprojekt des Bundesumweltministeriums und der Deutschen Bahn (DB), zur Förderung anzumelden.</p>	06.03.2019	4/1		<p>Am 02.05.2019 hat sich die Verwaltung bei der DB mit 5 Haltepunkten - Niederschelden-Nord, Eiserfeld, Siegen, Weidenau und Geisweid - eingeschrieben. Am 04.06.2019 kam die Bestätigung der Bahn, dass die Stadt Siegen in das Programm aufgenommen wurde. Am 27.06.2019 hat die DB mitgeteilt, dass sie einen Vor-Ort-Termin abstimmen möchten, da die Haltepunkte für eine virtuelle-Online-Ortsbegehung zu groß sind – dies aber noch Zeit in Anspruch nehmen würde. Aufgrund mehrerer Nachfragen städtischerseits kam es zu einem Termin am 28.01.2020 - der aber dann am 06.01.2020 von der DB auf den 26.03.2020 verschoben wurde. Aller Voraussicht nach findet dieser nun am 05.03.2020 statt. Nach diesem Ortstermin und der Erstellung der Förderantragsunterlagen durch die DB, was als Ablauf so vorgegeben ist, wird die Verwaltung den Förderantrag stellen.</p> <p>Je nach Flächenverfügbarkeit für die angebotenen Doppelstockparker können bis zu 24 Stellplätze in einer Sammelschließanlage oder unter einer Überdachung (Platzbedarf je 7,5 x 3 m) geschaffen werden. Die Verwaltung erhofft sich ein Ergebnis zur Flächenverfügbarkeit am Vor-Ort-Termin am 05.03.2020.</p> <p>Mittel können erst mit Stellung des Zuschussantrages, der Aussagen über die Anzahl und Art der Abstellanlagen mit den einhergehenden Kosten enthält, beantragt werden. Da eine Förderquote zwischen 80 - 90% möglich ist, könnten auch erste Haltepunkte je nach Standard aus Sammelhaushaltsstellen - so genannten „Bordmitteln“ - bezahlt werden, falls dies in 2020 noch erforderlich wird.</p> <p>Die nach gemeinsamer Besichtigung der Örtlichkeiten beantragten Flächen wurden zwischenzeitlich geprüft und am 20.07.2020 – bis auf den Standort am Eiserfelder Bahnhof aufgrund bevorstehender langwieriger Renovierungsarbeiten der DB – von der DB Imm. bewilligt.</p> <p>Der Zuschussantrag wurde gestellt.</p> <p>Der <b>Zuwendungsbescheid</b> ist uns <b>am 17.11.2020</b> <b>zugegangen</b>. Die <b>Förderquote beträgt 90%</b>. Bis Oktober 2021 werden ein paar wenige <b>Reihenbügel</b> auf einer schon fertigen Fläche <b>am Haltepunkt Niederschelden-Nord aufgestellt</b>, um noch einen zeitnahen Beginn beim Fördergeber anzuzeigen damit die Mittel nicht verfallen. Bis <b>Ende 2021</b> sollen die <b>Ausschreibung und die Vergabe der restlichen Tiefbauarbeiten</b> (Fundamentarbeiten, Stromanschluss,...) erfolgen. Anfang 2022 werden die Tiefbauarbeiten ausgeführt. Anschließend werden die unterschiedlichen Radabstellanlagen vom Hersteller geliefert und an den 4 Haltepunkten aufgestellt.</p>

<p><b>Nahwärmeinsel auf dem Bismarckplatz</b> Im Zuge des Neubaus des Hallenbads in Siegen-Weidenau soll die Verwaltung prüfen, ob eine Nahwärmeinsel möglich ist, die eine zentrale Wärmeerzeugung für das Hallenbad, die Lindenschule des Kreises und für die Bismarckhalle ermöglicht. Vorbild dafür ist z. B. das in der Stadt Hilchenbach errichtete Nahwärmenetz auf dem „Schulhügel“, das nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch ein Erfolg ist.</p>	06.03.2019	4/4	SVB	<p>Die Prüfung, ob sich eine Nahwärmeinsel hier wirtschaftlich verwirklichen lässt, erfolgt im Rahmen der Gesamtplanungen. Es erfolgt eine <b>Abfrage von Verbräuchen</b> eines Anschlussobjektes im Besitz der Kreisverwaltung. Eine dezidierte Energieplanung kann erst nach der Konkretisierung des zukünftigen Energiebedarfs (je nach Planungsentscheidung) vorgenommen werden. Die <b>SVB prüfen</b> dann verschiedene <b>Varianten einer Nahwärmeversorgung</b>.</p>
<p><b>Aufforderung von Bundes- und Landesregierung:</b> Die Universitätsstadt fordert von der Bundesregierung und den Landesregierungen, ihre Anstrengungen in allen Sektoren deutlich stärker am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden; Die Stadt Siegen fordert von der Bundesregierung die Einführung eines Klimaschutzgesetzes, dessen Maßnahmen an den Forderungen des Pariser Abkommens ausgerichtet sind. Das Gesetz hat sicherzustellen, dass die bereits vereinbarten Reduktionsziele eingehalten werden und das Ziel der Klimaneutralität in Deutschland schnellstmöglich erreicht wird. Die Städte und Gemeinden sind bei ihren Bemühungen zur Erreichung der Klimaneutralität mit Mitteln des Bundes finanziell zu unterstützen.</p>	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		<p>Bisher wurde keine Aufforderung an die Bundes- und Landesregierung versendet, da die aktuellen Rahmenbedingungen sich durch das zukünftige EEG (2021), GEG (Ende2020) und den Green Deal ändern sollten. Die Ergebnisse sollten wie im Rat und den Fachausschüssen rückgemeldet zunächst abgewartet werden.</p> <p>Am 17. Dezember 2019 wurde das neue <b>Bundes-Klimaschutzgesetz</b> verkündet. Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat im April 2021 mehrere Klagen verschiedener Klimaschutzorganisationen für begründet und das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klima-Abkommens mit seinem Urteil für verfassungsrechtlich verbindlich erklärt und, dass hinreichende Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen. Am 12. Mai 2021 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Klimaschutzgesetzes. Darin wird unter anderem ein verbindlicher Pfad zur Klimaneutralität beschrieben, die statt 2050 bereits im Jahr 2045 erreicht werden soll. Das Zwischenziel für 2030 wird von derzeit 55 auf 65 Prozent Treibhausgasmindering gegenüber 1990 erhöht, und für 2040 gilt ein neues Zwischenziel von 88 Prozent Minderung. Zusätzlich zum Beschluss des neuen Klimaschutzgesetzes kündigte die Bundesregierung ein Sofortprogramm an, das die Umsetzung der neuen Klimaschutzziele für die verschiedenen Sektoren unterstützen soll – mit einer zusätzlichen Förderung von bis zu acht Milliarden Euro sowie mit zusätzlichen Vorgaben. Unter anderem sollen die Energiestandards für Neubauten gestärkt werden.</p> <p>Das <b>Land NRW</b> hat im Jahr 2013 als erstes Bundesland ein eigenes <b>Klimaschutzgesetz</b> verabschiedet. Dieses Gesetz formuliert Klimaschutzziele für Nordrhein-Westfalen und schafft einen rechtlichen Rahmen für die Umsetzung und Überprüfung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen. Ziel des Gesetzes ist es, die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen und die nationalen und internationalen Anstrengungen beim Klimaschutz zu unterstützen. Wegen zu geringer und zu unverbindlichen Zielstellungen lehnten die anerkannten Verbände gemeinsamen Stellungnahmen den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Klimaschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen ab und forderten deutliche Nachbesserungen. Auch das parallel vorgelegte Klimaanpassungsgesetz wurde deren Anforderungen nicht gerecht. Die DUH unterstützt eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das neue NRW-Klimagesetz, wegen unzureichender Zielpfade ab 2030 und insgesamt unzureichender Maßnahmen.</p> <p>Es ist also festzustellen, dass durch politische Entwicklungen (bspw. Anpassung</p>

				<p>Bundesklimaschutzgesetz, Sofortprogramm) deutlich ambitioniertere Ziele angestrebt werden.</p> <p>Die gesetzlichen Rahmenbedingungen weisen auch laut des kürzlich erschienenen Weltklimareport des IPCC, in dem Wissenschaft und Forschung die weltweiten Regierungen zum Handeln drängen, dennoch deutlich ambitionierter Zielsetzungen und weiterführende Unterstützungen für Kommunen, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger auf.</p> <p>Im Rahmen der Beteiligung durch kommunale Spitzenverbände (Städtetag, Städte- und Gemeindebund) hat die Stadt Siegen Stellungnahmen zu Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz NRW sowie Nachhaltigkeitsstrategie NRW abgegeben.</p> <p>Die Stadt Siegen ist <b>Mitglied im Klima-Bündnis</b>, welches im Namen der Mitgliedskommunen <b>Positionspapiere, Resolutionen und Erklärungen</b> zu verschiedenen Themen <b>verabschiedet</b>.  <a href="https://www.klimabuendnis.org/de/aktivitaeten/interessenvertretung.html">https://www.klimabuendnis.org/de/aktivitaeten/interessenvertretung.html</a></p>
<p><b>Beteiligung städtischer Gesellschaften:</b>  Die Universitätsstadt Siegen fordert auch die städtischen Beteiligungen (SVB, ESI, KEG) dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dem Rat dazu jährlich zu berichten;</p>	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz	SVB, ESI, KEG	<p>Vertreter von SVB, ESI und KEG nehmen regelmäßig an Sitzungen der internen Arbeitsgruppe AG EKK teil. Die ESI wie auch die SVB sowie die KEG wurden im März gebeten, eine Auflistung der energie- und klimaschutzrelevanten Maßnahmen zu erstellen, um diese im AG EKK und im AK Klimaschutz vorstellen zu können. Eine Aufstellung der SVB vom April 2020 lag vor. Vergleichbare Aufstellungen von ESI und KEG wurden am 10.11.2020 angefragt.</p> <p>Im <b>Juni 2021</b> erfolgte eine <b>erneute Abfrage</b>, wobei alle drei Akteure über ihre Projekte berichteten. Die <b>Ergebnisse</b> wurden im Zusammenhang mit einer Ratsanfrage <b>vorgelegt</b>.</p>
<p><b>Information der Öffentlichkeit:</b>  Die globale Erderwärmung ist eine existenzbedrohende Krise. Die Verwaltung der Stadt Siegen wird daher alle Einwohnerinnen und Einwohner über die Bedrohung durch die Klimakrise informieren.</p>	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz	M+Ö	<p>Am 28.10.2019 fand im Anschluss an eine AfULE-Sitzung ein Vortrag zum Thema „Klimawandel“ mit Herrn Dr. Engelhard als Referenten im Sitzungssaal statt. Informationsarbeit findet seit langem über Vorträge und Informationsmaterialien der Abteilung Umwelt und des Energievereins Siegen-Wittgenstein statt. Die Unterstützung von Initiativen ist Bestandteil des Aufgabengebietes Klimaschutz.</p> <p>Eine weitere Intensivierung kann mit verstärktem Personaleinsatz in der Verwaltung sowie in Verbindung mit Kooperationspartnern erreicht werden.</p> <p>Aufgrund der aktuellen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie musste im 1. Halbjahr 2020 die Mehrzahl der vom Energieverein Siegen-Wittgenstein vorgesehenen Veranstaltungen zum Klimaschutz ausfallen.</p> <p><b>2021 sind zahlreiche Veranstaltungen online durchgeführt</b> wurden. Präsenzveranstaltungen mussten aufgrund der der allg. Gesundheitslage alle abgesagt werden.</p> <p>Seit September 2020 wurden <b>Inhalte und Konzeption der städtischen Webseite</b> zu „Energie und Klimaschutz“ <b>überarbeitet</b>. Seit Februar 2021 ist die Webseite fertig, sodass es umfangreiche Informationsmöglichkeiten gibt. Mit der Einrichtung einer halben Stelle für Öffentlichkeitsarbeit innerhalb der Stabsstelle Klimaschutz, hat die Presseaktivität zugenommen. Es wird aktuell ein Social-Media-Konzept erarbeitet.</p>
<p><b>Information des Rates und des AfULE:</b>  Die Stadt Siegen wird regelmäßig umfassend über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen</p>	25.09.2019	Stabsstelle Klima-		<p>Der Beschluss wird umgesetzt.</p> <p>In jeder AfULE-Sitzung erfolgt eine Berichterstattung über den aktuellen Sachstand bei der Umsetzung klimarelevanter Maßnahmen.</p>

sowie über die Maßnahmen, die gegen den Klimawandel ergriffen werden, informieren. Die Gremien und die Öffentlichkeit werden in jeder Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie sowie jährlich im Rat über Fortschritte und Schwierigkeiten informiert.		schutz		Im AfUKE wird regelmäßig berichtet. Im November 2020 wurde im Rat eine Beschlusskontrolle klimarelevanter Beschlüsse durchgeführt, im September 2021 folgt eine erneute Berichterstattung.
<b>Berücksichtigung von Klimaschutz bei allen Entscheidungen:</b> Die Stadt Siegen wird die Auswirkungen auf das Klima bei allen ihren Entscheidungen berücksichtigen und alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um die globale Erderwärmung auf 1,5°C zu begrenzen.	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		<i>Der Beschluss wird als Zielsetzung verstanden, aus dem kein spezifischer Handlungsbedarf ableitbar ist. Eine konkrete Umsetzung erfolgt insbesondere im Rahmen des ergänzenden Beschlusses hinsichtlich der Prüfung der Klimarelevanz in Sitzungsvorlagen.</i>
<b>Konkretisierung des Klimaschutzkonzepts:</b> Die Universitätsstadt Siegen konkretisiert die im Klimaschutzkonzept der Stadt Siegen aufgeführten Maßnahmen und setzt diese schnellstmöglich um, sowohl zur Verbesserung des städtischen Mikroklimas wie zum Umgang mit zunehmenden Extremwetterereignissen;	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		<i>Im September 2019 wurde vom Bürgermeister eine aus Vertretern der städtischen Betriebe und der Verwaltung bestehende <u>Arbeitsgruppe „Energie, Klimaschutz und Klimaanpassung (AG EKK)“</u> eingerichtet worden. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist insb. die Weiterentwicklung des bestehenden Zielkonzepts Klimaschutz und Klimaanpassung sowie die Vorbereitung und Umsetzung konkreter Klimaschutzmaßnahmen bei der Stadt Siegen. Die Arbeitsgruppe hat in bisher drei Sitzungen (September und Dezember 2019, Februar 2020) eine Zusammenstellung von 20 klimarelevanten Maßnahmen erarbeitet. Unter der Leitung von Stadtbaurat Henrik Schumann wurden die Umsetzungsoptionen beschrieben, bewertet und für den AK Klimaschutz vorbereitet (s.o.).  Der mit politischen Vertretern der Fraktionen, der städtischen Betriebe und der Verwaltung besetzte <u>Arbeitskreis Klimaschutz</u> hat in drei Sitzungen (Dez. 2019/Jan. 2020/Juli 2020) die Umsetzung klimaschutzrelevanter Maßnahmen auf Grundlage der von der Verwaltung erarbeiteten Vorschläge diskutiert und bewertet.  Unter Berücksichtigung des von den Arbeitsgruppen erarbeiteten Maßnahmenkataloges plant die Stabsstelle Klimaschutz die Fortschreibung des Zielkonzeptes Klimaschutz und Klimawandelanpassung in 2021 vorzunehmen. Dies ist auf Grund der hohen Arbeitsauslastung bisher noch nicht erfolgt.</i>
<b>Prüfung der Klimarelevanz in Sitzungsvorlagen</b> Die Universitätsstadt Siegen wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und wenn immer möglich jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen. Hierzu sind bei sämtlichen Vorlagen für politische Beschlussfassungen in	25.09.2019	Fachabteilungen	Stabsstelle Klimaschutz	<i>Für die beschlossene Darstellung klimaschutzrelevanter Auswirkungen in allen Sitzungsvorlagen wurde ein Verfahrensvorschlag erarbeitet, der vom Verwaltungsvorstand am 10.03.2020 beschlossen wurde. Die <b>verwaltungswide Einführung</b> erfolgte durch Rundschreiben des BM mit Datum vom <b>20.05.2020!</b>  Laufender Prozess - Die Stabsstelle Klimaschutz unterstützt die Fachabteilungen bei der Beurteilung der Klimarelevanz. Ein <b>erneutes Rundschreiben</b> (mit dem Ziel einer frühzeitigeren Berücksichtigung des</i>



Zusammenarbeit mit dem/der Klimabeauftragten die Auswirkungen auf den Klimaschutz darzulegen und im negativen Fall Alternativen aufzuzeigen.				Klimarelevanzprüfung im Planungsprozess) erfolgte im <b>Juni 2021</b> .
<b>Unterstützung der Resolution „Klimanotstand“:</b> Die Universitätsstadt Siegen unterstützt die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes (Climate Emergency): (Die Begriffe „Klimanotstand“ resp. „Climate Emergency“ sind symbolisch zu verstehen und sollen keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmaßnahmen sein.)	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		Der Rat der Stadt Siegen hat von der Ausrufung des „Klimanotstandes“ abgesehen, sich gleichwohl aber für eine konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen ausgesprochen.
<b>Schaffung von Strukturen im „Klimaschutz“:</b> Die Stadt Siegen nimmt die Rolle des Klimaschutzes als eine ressortübergreifende Aufgabe wahr. Sie wird entsprechende Strukturen schaffen (ggfs. im Verbund mit umliegenden Städten und Gemeinden), und diese mit notwendigen Personal- und Sachmitteln ausstatten.	25.09.2019	Stabsstelle Klimaschutz		Beim Thema Klimaschutz ist die Stadt Siegen seit langem direkt und über den <b>Energieverein Siegen-Wittgenstein</b> im Austausch mit den umliegenden Kommunen. Verwaltungsinterne Arbeitskreise bestehen schon seit mehreren Jahren. Die Stabsstelle Klimaschutz steht zudem mit zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Kontakt. <b>Auf Kreisebene</b> findet ein regelmäßiger Informationsaustausch sowie <b>projektbezogene Zusammenarbeit</b> der Klimaschutzbeauftragten statt. Sachmittel für Projekte könnten vermehrt über Partnerschaften und Sponsoring eingeworben werden. Dies erfordert allerdings fachliche Personalressourcen für Anwerbung und Betreuung. Für die Einwerbung umfangreicher Fördermittel aus zahlreichen EU-, Bundes- und Landesförderprogrammen für Klimaschutz- und Klimaanpassungsvorhaben sollten zusätzliche Personalstellen geschaffen werden, welche in Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen die Antragsverfahren abwickeln und die sich dabei problemlos selbst refinanzieren würden.
<b>Einführung eines City-Logistik-Systems in Siegen</b> Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Bereitschaft der großen Paketzusteller für ein gemeinsames City-Logistik-System abzufragen und bei ausreichenden großen Interesse einen Antrag im Rahmen des Bundesförderprogrammes für Städtisch Logistik zu stellen.	25.09.2019	1/2		Die persönliche Konsultation und die Ergebnisse aus verschiedenen kommunalen Fachkonferenzen 2020/2021 zum Themenfeld zeigen, dass der potentielle Aufbau eines City-Logistik-Systems in Siegen eine dezidiertere konzeptionelle Ausarbeitung benötigt, um ein prüfbares Interesse der Zusammenarbeit auf KEP- und Verteilerverkehrsebene zu erhalten. Grundsätzlich haben die großen Paketzusteller (u.a. DHL, Hermes, DPD, GLS, UPS) an der Weiterentwicklung eines City-Logistik-Systems Interesse, da die pandemiebedingten Verschiebungen zum Online-Commerce und die Fortschritte in der Digitalisierung auch nach der Corona-Pandemie zu einem Anstieg des städtischen Lieferverkehrs führen wird. Ob sich Potentiale eines gemeinsamen (partiellen quartiersbezogenen) Systems realisieren lassen könnten, bleibt zunächst offen. Sämtliche KEP-Unternehmen haben ihre eigene Lieferkette stark digitalisiert und beabsichtigen die Umstellung auch emissionsfreie Antriebe. Städte und Kommunen müssen lt. BMVi daher Lösungen finden, Wirtschaftsverkehr stadt- und umweltverträglich zu gestalten, ohne deren Funktionsfähigkeit vor allem auch auf der sogenannten letzten Meile einzuschränken. Es bestehen viele Fragen zur verkehrlichen Auslastungen, Lade-/ Tankinfrastrukturen, Standortbestimmung von Mikrodepots, Antriebstechnologie/Kraftstoffe, mögliche weitere Stakeholder und topographische Besonderheiten in Siegen. Die <b>Abstimmung mit der IHK Siegen</b> zu den Umsetzungspotentialen eines City-Logistik-Systems ist durch die Schaffung einer neuen Fachstelle 2021 <b>intensiviert</b> worden. Aufgrund der Erhebungen wäre <b>zunächst ein strategisches Konzept notwendig</b> , für

				<p>das eine <b>Antragsstellung</b> bis zum 31.08.2021 aus dem <b>Programm „Urbane Logistik“</b> im Schwerpunkt Erstellung städtischer Logistikkonzepte gestellt werden soll (Förderrichtlinie Städtische Logistik des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur vom 05.07.2019). Der urbane Wirtschaftsverkehr ist nicht Bestandteil des Verkehrsentwicklungsplans/ Mobilitätskonzepts). Die Wirtschaftsförderung erwartet daher entsprechend aus einer neuen Studie belastbare Aussagen zur Umweltentlastung, zur Wirtschaftlichkeit, zur technischen Eignung und Flächeneffizienz der vorgesehenen Maßnahmen, zu Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und die Verkehrssicherheit sowie einen konkreten Umsetzungsplan. Unabhängig davon kann auch die Realisierung eines ersten Mikrodepots als Living-Lab (Experimentelle Anwendung) beantragt und umgesetzt werden.</p>
<p><b>Fahrradboxen</b> Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Errichtung von Fahrradboxen im Bereich Oberstadt/Altstadt. Diese sollen wie folgt positioniert werden: 12 Boxen im Bereich des Parkplatzes Oberes Schloss, 12 Boxen im Bereich Marktplatz und 12 Boxen auf dem Parkhaus Hinterstraße. Bei allen Standorten sollte die Hälfte der Boxen Kurzzeitboxen sein, die spontan gemietet werden können. Des Weiteren sollten sich an allen Standorten kostenlose Akkuladestationen für Pedelecs befinden. Die von der Verwaltung geplanten Standorte werden dem Verkehrsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, weitere Standorte für Fahrradboxen im Stadtgebiet zu prüfen und Vorschläge zur Beratung im Verkehrsausschuss vorzulegen sowie zu prüfen, ob der Betrieb durch die Stadt und Fremdvergabe erfolgen soll.</p>	18.12.2019	4/1		<p><b>Flächen-Prüfung und Stromversorgungs-Prüfung ist erfolgt</b> - parallel zu vergleichbaren Anfragen bezüglich E-Bike-Sharing und Fahrradabstellanlagen. Dieses Thema wird auch im dafür eingerichteten AK Radverkehr behandelt. Die geplanten Standorte wurden dem Verkehrsausschuss in seiner Sitzung am 08.09.2020 zur Beschlussfassung vorgelegt und beschlossen.</p> <p>Aktuell wird die <b>Ausführungsplanung</b> fertiggestellt und die Pläne dazu erstellt. Bis <b>Ende 2021</b> soll die <b>Ausschreibung und Vergabe der Tiefbauarbeiten</b> (Fundamentarbeiten, Stromanschluss,...) der Fahrradboxen erfolgen. Anfang 2022 werden die Tiefbauarbeiten ausgeführt und die Boxen werden bestellt. Anschließend werden die Fahrradboxen vom Hersteller geliefert und aufgestellt.</p> <p>Ergänzend wird erwogen schrittweise Fahrradabstellanlagen an Schulen auszubauen.</p>
<p><b>CO<sub>2</sub>-Bilanz der Stadt Siegen</b> Die aus dem Jahre 2012 stammende CO<sub>2</sub>-Bilanz der Stadt Siegen wird auf den heutigen Stand kurzfristig aktualisiert und zu einer Effektivbilanz ausgeweitet, mit der ein Monitoring der beschlossenen und noch zu beschließen-den Klimaschutzmaßnahmen möglich ist. Aufgrund der vorgelegten CO<sub>2</sub>-Bilanz wird der Rat der Stadt Siegen Ziele definieren bis zu welchem Jahr die Klimaneutralität erreicht werden soll.</p>	26.02.2020	Stabsstelle Klimaschutz	4/4-3	<p>Seit dem 20.01.2020 liegen alle erforderlichen energetischen Basisdaten zu den Liegenschaften sowie den jeweiligen Fahrzeugflotten der Stadt Siegen inkl. der Beteiligungs-/ Tochterbetriebe vor. Die Daten können bei jährlicher Fortschreibung und insbesondere bei Beachtung der erforderlichen fachlichen Aufbereitung zukünftig für eine Monitoring zu den Klimaschutzaktivitäten genutzt werden. Allerdings muss für die Erstellung einer verwaltungsinternen CO<sub>2</sub>-Bilanz und eines Energieberichtes zunächst eine geeignete Energiemanagementsoftware beschafft werden.</p> <p>Die <b>vorhandenen Daten</b> aus der verwaltungsinternen CO<sub>2</sub>-Bilanz werden zudem in zusammengefasster Form <b>an den Kreis Siegen Wittgenstein übermittelt</b>. Dort soll dann eine Gesamtbilanz für alle CO<sub>2</sub>-Emissionen im Stadtgebiet Siegen nach der vorgegebenen Bilanzierungsmethode (BISKO-Standard) erstellt werden. Diese Gesamtbilanz eignet sich nicht für das o. g. Monitoring städtischer Klimaschutzmaßnahmen, z. B. weil keine Witterungsbereinigung erfolgt, der Anteil der kommunalen Emissionen nur knapp zwei Prozent</p>

				<p>der Gesamtbilanz ausmacht und diese durch konjunkturelle Schwankungen beeinflusst wird. Die <b>Erstellung</b> dieser <b>Bilanz</b> war vor rund vier Jahren <b>beim Kreis beauftragt worden</b>. Die vom Kreis Siegen-Wittgenstein zu erstellende Gesamtbilanz für alle CO<sub>2</sub>-Emissionen im Stadtgebiet Siegen liegt derzeit noch nicht vor. Im <b>Oktober 2020</b> konnten noch <b>fehlende Daten zu Gasverbräuchen</b> an den Kreis <b>übermittelt</b> werden. Weitere Gasverbräuche von Großemittenten nach EU-CTS sind nicht zu berücksichtigen, da diese bundesweit aufgeteilt werden.</p> <p>Weiterhin mussten 2020 <b>Daten aus dem Bilanzierungsprogramm ECORegion in das Programm Klimaschutzplaner übertragen</b> werden, da das vom Land bereitgestellte Programm auf Grund von Ausschreibungsergebnissen für die nächsten fünf Jahre gewechselt hat.</p> <p>Die für die Bilanzierung zuständige Stelle beim Kreis wurde besetzt und die Datenübertragung abgeschlossen. Bevor eine Auswertung erfolgen kann, müssen noch aktuelle verwaltungsinterne Verbräuche in den einzelnen Kommunen erhoben und übermittelt werden, was aktuell passiert.</p>
<p><b>Klima-Informationstage:</b> Im Zuge der Information der Bevölkerung finden 2020 erstmals Informationstage zum Klimaschutz statt. Dazu sollen Universität und NGO's als Kooperationspartner mit eigenen Veranstaltungen gewonnen werden. Die Stadt Siegen stellt die CO<sub>2</sub>-Bilanz spätestens 2021 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung vor und berichtet über geplante Maßnahmen, evtl. auch mit einem Informationsstand beim Stadtfest. Entsprechend dem Vorbild des Siegener Firmenlaufs erarbeitet die Verwaltung 2020 ein Konzept für die Durchführung eines klimaneutralen Stadtfestes.</p>	26.02.2020	Stabsstelle Klimaschutz	2/4-1, Frau Schneider (Stadtfest)	<p>Informationstage sollten an bereits geplante Veranstaltungen angebunden werden (Huckepack-Lösung). Aktuell kooperiert der Energieverein hier mit dem Kreis und der VHS sowie auf Unternehmensebene mit HwK Arnsberg / IHK Siegen / Effizienzagentur NRW / EnergieAgentur.NRW / Kreis.</p> <p>Ein Stadtfest kann analog zum Firmenlauf als KLIMANEUTRAL (genauer: emissionsarm) organisiert werden. Aufgrund der aktuellen Einschränkungen durch die Corona-Pandemie sind auch alle klimarelevanten Veranstaltungen bis auf weiteres ausgesetzt. Obwohl viele Planungen für das Stadtfest 2022 bereits feststehen (da Konzept 2020 weitgehend übertragen wird), finden sich in den Planungen bereits Maßnahmen die ein emissionsarmes Stadtfest begünstigen (z.B. Busshuttle, Pfandbechersystem, Mehrweggeschirr, ...). Darüber hinaus wirkt die Stabsstelle auf weitere Aspekte hin (z.B. Ökostrom, Klima-Meile, regionale Kompensationsprojekte, ...). Ein <b>Konzept für ein klimaneutrales Stadtfest wird derzeit erarbeitet</b>.</p>
<p><b>Einrichtung einer Stabsstelle „Klimaschutz“:</b> Die Universitätsstadt Siegen wird die Rolle des Klimaschutzes als eine Querschnittsaufgabe wahrnehmen und entsprechende Strukturen in der Verwaltung schaffen. Den/die Klimaschutzbeauftragte/n gilt es zur Stabsstelle aufzuwerten und entsprechend mit Personal und Sachmitteln auszustatten. Angestrebt wird hierbei eine haushaltsneutrale Umsetzung im Haushalt 2020 und folgende festzuschreiben;</p> <p><b>Einrichtung einer Stabsstelle „Klimaschutz“:</b></p>	<p>25.09.2019</p> <p>26.02.2020</p>	1/1 Beig. IV Abt. 4/7	BM	<p>Die <b>organisatorische Einrichtung</b> einer <u>Stabsstelle Klimaschutz</u> im Geschäftsbereich 4 <b>ist erfolgt</b>, welche direkt dem Stadtbaurat zugeordnet ist. Das Stellenbesetzungsverfahren für den <u>Klimaschutzbeauftragten</u> ist abgeschlossen. Der neue Klimaschutzbeauftragte Herr Lars Ole Daub hat am 01. September 2020 seine Tätigkeit aufgenommen.</p> <p>Die Stelle eines „<u>Sachbearbeiters Klimaschutz</u>“ ist eingerichtet worden. Auch hierfür wurde das Stellenbesetzungsverfahren abgeschlossen. Als Stelleninhaber hat Herr Erik Berge am 16. Juli 2020 seine Tätigkeit aufgenommen.</p> <p>Das Stellenbesetzungsverfahren für eine halbe Stelle im Bereich „<u>Öffentlichkeitsarbeit im Klimaschutz</u>“ ist abgeschlossen. Eine interne und eine öffentliche Stellenausschreibung wurden durchgeführt, diese hatte jedoch keinen Erfolg, sodass eine externe Ausschreibung erfolgte. Die Stelle wurde Mitte April 2021 mit Olga Eichenauer besetzt, bisher ist jedoch nur ein provisorischer Arbeitsplatz vorhanden (Büromöbel wurden vor langer Zeit bestellt).</p>



Zur Stabsstelle Klimaschutz gehören der Energiebeauftragte und der Klimaschutzbeauftragte der Stadt Siegen, eine einzurichtende Fachstelle Klimaschutz (Leitung, externe Ausschreibung) zur Bewertung städtischer Vorlagen und zur Koordination von Klimaschutzmaßnahmen, sowie eine halbe Stelle für Öffentlichkeitsarbeit und Sachbearbeitung, über die auch in die Öffentlichkeit hinein moderiert wird.				<i>Die Stelle des <u>Energiebeauftragten</u> wurde Anfang April 2020 mit Remo Zander neu besetzt. Sie bleibt im Geschäftsbereich 4 der Technischen Gebäudewirtschaft zugeordnet.</i>
<b>Schaffung von Fahrradwegen:</b> Unser Ziel ist es bis zum Jahr 2025 auf den Hauptachsen Nord/Süd und Ost/West durchgängige Fahrradwege zu schaffen. Die Verwaltung wird beauftragt, hierfür Detailplanungen (ggf. auch mittels einer externen Vergabe) mit einer Kostenschätzung bis zum 3. Quartal 2020 vorzulegen. Wo möglich sollen die Radwege getrennt vom Kfz-Verkehr auf mindestens 3 m breiten, asphaltieren und kreuzungsarmen Routen verlaufen. Sofern Kfz-Straßen benutzt werden, streben wir auf stark durch Autos befahrenen Routen mindesten 2 m breite geschützte Radwege an. Nebenstraße sollen wo sinnvoll als Fahrradstraßen ausgewiesen werden. Um Kreuzungsfreiheit zu erreichen, kann auch der Bau von Brücken und Unterführungen in Betracht gezogen werden.	26.02.2020	4/1		<i>Die Antragsteller haben angekündigt, ihre Wünsche und Forderungen in einem gemeinsamen Gespräch mit 4/1 zu erörtern. Dieses Gespräch hat bisher noch nicht stattgefunden. Stattdessen wurde der Antrag AT 104/2021 gestellt. Daraufhin wird zeitnah eine Vorlage mit entsprechenden umfänglichen Erläuterungen zur Umsetzung von zurückliegenden Planungen und Umsetzungen von Radwegen, den erarbeiteten Konzepten mit Bezug zum Radverkehr sowie dem weiteren „Fahrplan“ eingebracht.</i>  <i>Auf Grund der <b>Erstellung einer Potentialanalyse des Kreises für eine schnelle Radwegeverbindung</b> von Rheinland-Pfalz bis Kreuztal-Littfeld, wurden eigene Planungen zur Nord-Süd-Achse zunächst pausiert. Der Potenzialanalyse soll nun eine <b>Machbarkeitsstudie</b> seitens des Kreises folgen. Dies ist zunächst <b>abzuwarten</b>.</i>
<b>Förderung des Rad- und Fußverkehrs:</b> Zur kurzfristigen Finanzierung von Maßnahmen zur Förderung des Rad- und Fußverkehrs, die sich aus der Bürgerbeteiligung zum Mobilitätskonzept ergeben, werden im Jahr 2020 50.000 Euro bereitgestellt.	26.02.2020	4/1		<i>Maßnahmen zur kurzfristigen Umsetzung wurden identifiziert. Die Maßnahmen sollten noch in 2020 umgesetzt werden. Viele der eingegangenen Mitteilungen beziehen sich auf Probleme, die nicht durch kurzfristige Maßnahmen gelöst werden können, sondern deren Behebung eine intensivere Begutachtung und Planung voraussetzen.</i> <i>Die bereitgestellten 50.000 Euro wurden nicht in Gänze aufgebraucht, da die Mittel für viele Kleinmaßnahmen nicht verwendet werden konnten, weil sie im Haushalt nur für investive Maßnahmen eingeplant sind. Die Übertragung der Mittel nach 2021 wurde vorgenommen.</i>
<b>Fahrradfreundlicher Arbeitgeber:</b> Die Stadt Siegen lässt sich 2020 als „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ zertifizieren.	26.02.2020	4/1		<i>Die Universitätsstadt Siegen ist als erste Kommune in Westfalen als „<b>fahrradfreundlicher Arbeitgeber</b>“ <b>zertifiziert</b>. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hat die Stadtverwaltung am 25. September 2020 mit dem Zertifikat in „Silber“ ausgezeichnet.</i>  <i>Die Stadt <b>Siegen nimmt 2021 erstmals am STADTRADELN teil</b> und beteiligte sich erneut an der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ von ADFC und AOK.</i>
<b>Nutzung regenerativer Energien:</b> Die Stadt Siegen will erneuerbare Energien kurzfristig	26.02.2020	4/5-1	Stabsstelle Klimaschutz	<u>Windenergie:</u> <i>Der Landtag hat die Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in NRW</i>

<p>ausbauen. Sie wird initiativ, um lokal und regional (über die Stadtgrenzen hinaus) Maßnahmen zur Nutzung regenerativer Energien zu ergreifen. Hierzu gehören u.a. der Ausbau der Windenergie und die Nutzung von Photovoltaik.</p> <p>Die Verwaltung prüft, welche Flächen im Stadtgebiet unter Berücksichtigung ökologischer und städtebaulicher Aspekte für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen geeignet sind.</p>				<p>beschlossen, diese ist seit dem 15.07.2021 in Kraft. Damit wird geregelt, dass Windenergieanlagen einen Mindestabstand von mind. 1.000 Metern zu Wohngebäuden einhalten müssen, wenn sie als privilegiertes Vorhaben gem. § 35 (1) Nr. 5 BauGB zu genehmigen wären. Das heißt auf Flächennutzungsplanebene sind diese 1.000 Meter zwingend zu berücksichtigen. Mit einem Bebauungsplan können jedoch auch geringere Abstände unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Anforderungen planungsrechtliche sichergestellt werden.</p> <p>Das 85. <b>FNP-Änderungsverfahren</b> zur geplanten Ausweisung von Windenergie-Konzentrationszonen im Stadtgebiet ist wegen der unklaren Rechtslage <b>bis auf weiteres ausgesetzt</b>. Eine Weiterführung bzw. Neuerarbeitung unter Berücksichtigung der sich kürzlich ergebenden Vorgaben durch die Anwendung der Länderöffnungsklausel muss verwaltungsseitig geprüft werden.</p> <p>Die aktuelle Entwurfsfassung der <b>Neuaufstellung des Regionalplanes weist</b> auf Grund strenger Abstandsregeln in NRW <b>nur einen Windenergiebereich als Vorranggebiet in Siegen aus</b>. Zu berücksichtigen ist, dass die Festlegungen im Regionalplan der Bauleitplanung im Allgemeinen Gestaltungs- und Konkretisierungsspielräume lassen. Sollte diese Festlegung in Kraft treten, wäre folglich die 28. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Siegen aufzuheben, da durch dessen Ausweisungen die Regionalplanfestlegungen konterkariert würden.</p> <p><u>Photovoltaik:</u> Die Ermittlung und <b>Erstbewertung geeigneter Flächen für PV-Freiflächenanlagen</b> wurde durch die Verwaltung <b>durchgeführt</b>. Die abschließende Gesamtbewertung und Zusammenstellung aller relevanten Flächeninformationen steht noch aus. Für besonders geeignete Flächen werden im Nachgang beim Netzbetreiber Informationen zu Netzeinspeisepunkten eingeholt.</p>
<p><b>CO<sub>2</sub>-neutraler Gebäudebestand:</b> Die Stadt Siegen senkt ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Gebäudeheizung oder Gebäudebetrieb jährlich um mind. 5%. Ziel ist, spätestens 2040 einen CO<sub>2</sub>-neutralen Gebäudebestand zu erreichen. Dies kann durch Heizungstausch, Heizungsoptimierung, Dämmmaßnahmen, durch Beleuchtungstausch oder die Optimierung anderer haustechnischer Anlagen (z.B. Pumpen) erfolgen. Kennzahlen sind jährlich im Rat vorzulegen, z.B. im Haushalt.</p>	26.02.2020	4/4	Stabsstelle Klimaschutz	<p>Die Stabsstelle erarbeitete eine Definition von Klimaneutralität.</p> <p>Von der Abteilung 4/4 wird eine Stellungnahme erarbeitet, welche Möglichkeiten und Grenzen zur Erreichung des angestrebten Zieles bestehen und welche Konsequenzen der Beschluss für die künftige Unterhaltung und den Neubau städtischer Gebäude haben wird. Eine Personalaufstockung wird dafür als erforderlich angesehen.</p> <p>In diesem Zusammenhang sollen auch Standards und Kennzahlen insbesondere im Hochbaubereich erarbeitet werden.</p> <p>Es laufen derzeit <b>Vorbereitungen für die Erstellung einer Roadmap für den klimaneutralen Gebäudebestand</b>. Dabei soll externe Expertise eingebunden werden. Im Vorfeld sollen <b>Sofortmaßnahmen</b> erfolgen, welche in der Zwischenzeit als Leitfaden dienen. Dabei wird auch die Definition für die Klimaneutralität festgelegt.</p>
<p><b>Umbau stadteigener Wälder:</b> Für den Umbau der stadteigenen Wälder entsprechend nachhaltiger ökologischer Kriterien werden in den kommenden fünf Jahren ab 2020</p>	26.02.2020	4/6		<p>Von der Abteilung 4/6 wurde ein Konzept zur Wiederbewaldung des Stadtwaldes nach Käferkalamität, Trockenheit in den Jahren 2018 – 2019 und den Orkanen Frederike und Sabine vorgelegt.</p> <p>Von der Abteilung 4/6 wurde ein Konzept zur Bewirtschaftung des Stadtwaldes nach den</p>

jährlich insgesamt 60.000 Euro bereitgestellt, also 42.000 Euro zusätzlich zu den bereits im Haushalt eingeplanten 18.000 Euro. Das konkrete Konzept wird im Umweltausschuss vorgestellt.				<p><i>Standards des FSC-Deutschland vorgelegt, das vom AfULE in seiner Sitzung am 14.05.2020 beschlossen wurde.</i></p> <p><i>Die Vergabe des Audits an eine vom FSC zugelassene Zertifizierungsstelle wurde vorbereitet und das <b>Vergabeverfahren abgeschlossen</b>.</i></p> <p><i>Die Vergabe erfolgte für einen Zeitraum von 5 Jahren, da das Zertifikat auf 5 Jahre erteilt wird. In dieser Zeit finden zu Beginn ein Vor- und Erstaudit, sowie nach Erteilung des Zertifikats jährliche Überwachungsaudits statt.</i></p> <p><i>Das <b>Vorausaudit</b> kann im <b>Herbst 2021</b> beginnen, das <b>Erstaudit</b> folgt im <b>Frühjahr 2022</b>.</i></p>
<b>Verbesserung des ÖPNV:</b> Die Stadt unterstützt die Pläne des Kreises, kurz- und langfristige Verbesserungen für die Nutzer*innen des ÖPNV umzusetzen und den ÖPNV umweltfreundlich zu gestalten. Die Stadt Siegen wird die Bemühungen zur Verbesserung des ÖPNV durch infrastrukturelle Maßnahmen (Busspuren, Haltestellenprogramm) verstärken.	26.02.2020	4/1		<p><i>Ist laufendes Geschäft der Abteilung 4/1.</i></p> <p><i>Ergänzende Informationen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- <i>Busspur Reichwalds Ecke: Vorlage 3094/2020 im Verka 8.9.2020</i></li> <li>- <i>Haltestellenprogramm 2020 war: Kaisergarten (beide Seiten), Hubertusweg, Fischbacherberg Wende, Löhrtor (Obergraben)</i></li> <li>- <i>Haltestellenprogramm 2021 ist: u. a. Koblenzer Str. (Ausbau erfolgt in 2022), Haltestellen Eiserfelder Straße im Zuge Ausbau Eiserfelder Str. 2.BA</i></li> <li>- <i>Fortschreibung Haltestellenprogramm in Vorbereitung</i></li> <li>- <i>ZOB Geisweid: Zuschussantrag ist gestellt, Rückmeldung steht aus</i></li> <li>- <i>ÖPNV-Beschleunigung an LSA: mündlicher Bericht im Verka 8.9.2020</i></li> </ul>
<b>Gewinnabführung der SVB:</b> Zur Finanzierung der genannten Maßnahmen werden in den nächsten 5 Jahren jeweils Mittel aus der beabsichtigten Gewinnabführung der SVB (Auflösung der Rücklage zum Netzerwerb) in Höhe von bis zu 150.000 Euro abzüglich der Summe, die durch eine Förderung bereit gestellt würde (Personal), 100.000 Euro (Kleinmaßnahmen Klimaschutz) und 200.000 Euro (Planungskosten investiver Maßnahmen, investive Einzelmaßnahmen) bereitgestellt.	26.02.2020	3/1		<p><i>Eine Veranschlagung im Haushalt 2020 ist erfolgt unter:</i></p> <p><i>Investive Klimaschutzmaßnahmen:</i>  <i>Produkt: 14.01.01 / Investition I140101001 Klimaschutzmaßnahmen</i>  <i>Ansatz: 200.000 Euro</i></p> <p><i>Konsumtive Kleinmaßnahmen zum Klimaschutz:</i>  <i>Produkt: 14.01.01 / Investition I140101000 Klimaschutzmaßnahmen</i>  <i>Ansatz: 100.000 Euro</i></p> <p><i>Aufgrund des Personalwechsels im Themenbereich Klimaschutz konnten die Mittel nicht wie angedacht verausgabt werden. Daher wurden die Mittel auf das HH-Jahr 2021 übertragen. Derzeit werden verschiedene Projekte anderer Fachabteilungen geprüft, ob sie dem Klima dienlich sind und somit aus den Mitteln unterstützt werden sollen, wie o. g.</i></p> <p><i>Dachbegrünungsmaßnahme auf der Jung-Stilling-Schule.</i></p>
<b>Prüfung von Zuschussmöglichkeiten:</b> In diesem Zusammenhang sind alle Zuschussmöglichkeiten zu prüfen und, wo sinnvoll, in Anspruch zu nehmen.	26.02.2020	Fach- abteilung en/ Stabs- stelle		<p><i>Die evtl. Bezuschussung von Maßnahmen wird durch die jeweiligen Fachabteilungen geprüft. Die Stabsstelle leitet intern zudem oft Förderinformationen weiter oder unterstützt die Fachabteilungen im Rahmen konkreter Projekte bei der Auswahl geeigneter Programme.</i></p>
<b>Vertreter von Fridays for Future im AfULE:</b> Der Rat der Universitätsstadt Siegen begrüßt die Entsendung einer Vertreterin/eines Vertreters der Klimastreikbewegung Fridays for Future als beratendes Mitglied in den Umweltausschuss und	26.02.2020	Büro BM		<p><i>12.03.2020</i></p> <p><i>Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 26.02.2020 beschlossen, einen Vertreter des Vereins HaSi e.V. als Sachverständigen mit einem Sitz im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie einzubinden.</i></p> <p><i>Eine erste Teilnahme ist in der Sitzung des AfULE am 14.05.2020 erfolgt.</i></p>

beauftragt die Verwaltung, die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen und entsprechende Gespräche mit der Bewegung zu führen.				
<b>Fahrradabstellplätze im Parkhaus Apollo-Theater</b> Der Rat der Universitätsstadt Siegen überweist den Antrag, im Parkhaus Apollotheater Abstellplätze für Fahrräder einzurichten, zur weiteren Prüfung an die Kommunale Entwicklungsgesellschaft Siegen mbH (KEG). Der Rat ist über das Ergebnis zu informieren.	06.05.2020	GBL3		<i>erledigt</i>
<b>Anschaffung Energiemanagementsystem</b> Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, die Mittel für die Beschaffung einer Energiemanagementsoftware in Höhe von rd. 15.000 Euro möglichst noch in 2020 zur Verfügung zu stellen (abweichend von Ziffer 3 Teil 1 des Antrags der Fraktionen CDU und SPD).	15.12.2020	Abt. 4/4-3		<i>Die bisherige Software ist veraltet. Daher wurden bereits verschiedene Softwarelösungen durch den Energiebeauftragten geprüft. Eine zeitnahe Beschaffung wird angestrebt.</i>
<b>Einrichtung Stelle Radverkehrsplaner</b> Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, zusätzlich zur 0,2-Stelle des Radverkehrsbeauftragten eine Vollzeitstelle für die Radverkehrsplanung einzurichten.	14.04.2021	1/1 Beig. IV Abt. 4/1		<i>Stelle wird intern besetzt.</i>
<b>Fahrplan für konsequente Klimaschutz-Maßnahmen</b> Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, bis Ende des Jahres eine Strategie vorzulegen, wie und bis wann eine sogenannte „Roadmap“ für einen klimaneutralen Gebäudebetrieb im Jahr 2040 erarbeitet werden kann.	26.05.2021	Stabsstelle Klimaschutz/ Abt 4/4		<i>In der Übergangsphase bis zur Erstellung einer Roadmap für einen klimaneutralen Gebäudebetrieb, mit externer fachlicher Begleitung, sollen <b>zunächst Sofortmaßnahmen</b> gelten, welche am 22.09.2021 beschlossen werden sollen.</i>  <i>Bezug zu Beschluss „CO<sub>2</sub>-neutraler Gebäudebestand“ vom 26.02.2020.</i>
<b>Vorzeitige Ablösung des Altbauförderprogramms durch ein neues Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm der Stadt Siegen</b> Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, das bisherige Altbauförderprogramm der Stadt Siegen zum 01.07.2021 durch ein neues Klimaschutz- und -anpassungsförderprogramm abzulösen.	26.05.2021	Stabsstelle Klimaschutz		<i>Das neue <b>Förderprogramm</b> ist zum 01.07.2021 <b>in Kraft getreten</b>. Für die Beantragung wurde ein elektronisches Anmeldeformular im Serviceportal eingerichtet. Von fünf eingegangenen Anträgen wurden bis Anfang August drei bewilligt. Eine erneute Bewerbung ist in Vorbereitung.</i>
<b>Fahrradwegenetz 2025</b> Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, einen Sachstandsbericht über die	23.06.2021	Abt. 4/1		<i>Siehe Beschluss „Schaffung von Fahrradwegen“ vom 26.02.2020.</i>

<p>bisherigen Planungen zur Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 26.02.2020 zu den durchgängigen Fahrradwegen auf den Nord-Süd- und Ost-West-Achsen dem Rat nach den Sommerferien 2021 vorzulegen.</p> <p>Der Rat der Universitätsstadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die Radwegeplanung des Kreises Siegen-Wittgenstein, die die Stadt Siegen betrifft, in den zuständigen städtischen Gremien (AK Radverkehrsplanung, Verkehrsausschuss, Bauausschuss) vorzustellen und mit der städtischen Radwegeplanung zu vergleichen und abzustimmen.</p>				
---	--	--	--	--

## VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich: 4  
Bereich: Stabsstelle Klimaschutz  
Bearbeitet von: Herr Daub

Siegen, 20.05.2021

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

<b>Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie</b>	<b>24.08.2021</b>
<b>Bauausschuss</b>	<b>25.08.2021</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>01.09.2021</b>
<b>Rat</b>	<b>22.09.2021</b>

Kurzbezeichnung:

**Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040**

### Beschlussvorschlag:

**Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, bis zur Verifizierung durch die Roadmap/Fahrplan „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ folgende Sofortmaßnahmen:**

1. sich zunächst der Definition des EU-Parlaments zur Klimaneutralität anzuschließen.
2. Neubauten (auch Anbauten im Bestand) der Stadt Siegen mindestens im Passivhausstandard zu errichten. (vorbehaltlich Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie etwa Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude)
3. die CO<sub>2</sub>-neutrale Wärmeversorgung der Liegenschaften anzustreben (fossile Wärmeerzeuger sind nur in technisch zuvor begründeten Einzelfällen zulässig) und verfügbare Fördermittel bei jeder Heizungssanierung zu beantragen.
4. bei allen Neubauten und Dachsanierungen die solare Nutzung der Dachfläche verpflichtend umzusetzen, entweder in Eigenregie oder mit Hilfe eines externen Dienstleisters, welcher den Strom aus der Anlage an die Stadt direkt liefert. Die **Maximalauslegung** („Maximalauslegung bedeutet die Dachflächen abzüglich der Flächenanteile des Daches, die wegen Verschattung, Dachaufbauten, Dachfenstern, anderer Dachnutzungen oder Ausrichtung nach Norden (Himmelsrichtungen zwischen Ostnordost und Westnordwest) nicht genutzt werden können) der Anlagen ist anzustreben, wo möglich in Kombination mit einer Dachbegrünung.
5. schon jetzt Kompensationsmaßnahmen anzugehen und diese bilanziell zu erfassen.
6. dass die Kompensation von Emissionen zunächst vorrangig innerhalb des Stadtgebietes und erst nachrangig außerhalb des Stadtgebietes erfolgen muss.

**Sachverhalt / Begründung:****Gliederung:**

1. Was bedeutet eigentlich Klimaneutralität?
2. Klimakompensation
3. Was sind Klimaneutrale Gebäude?
4. Fazit

**Sachverhalt und Begründung:****1. Was bedeutet eigentlich Klimaneutralität?**

Der menschengemachte Klimawandel durch die Emission von Treibhausgasen ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Ein ungebremsster Klimawandel führt zu massiven ökologischen Schäden und enormen volkswirtschaftlichen Kosten. Investitionen, welche heute zur Vermeidung bzw. Verminderung der globalen Erwärmung getätigt werden, führen daher zu Kosteneinsparungen, die sich auch volkswirtschaftlich auszahlen. Neben globalen Aspekten führen nachweislich regionale Klimaschutzaktivitäten zu konkreten Vorteilen in der Region wie etwa regionale Wertschöpfung, Akzeptanz und Identifikation von Unternehmen, Bürgerinnen und Bürgern. Um die Folgen des Klimawandels einzudämmen, wurde 2015 das Paris-Abkommen verabschiedet. Um die darin definierten Ziele zu erreichen, ist es notwendig, schnellst möglich die Treibhausgasemissionen auf das absolute Minimum reduzieren. Gleichzeitig müssen Treibhausgassenken ausgebaut werden, um zu einer ausgeglichenen Bilanz von null Emissionen zu kommen. Die Klimapolitik der EU sieht mit dem European Green Deal vor bis 2050 in der EU die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null zu reduzieren und somit als erster Kontinent klimaneutral zu werden.

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 26.02.2020 u.a. folgenden Beschluss zur Umsetzung der Klimaschutzerfordernisse gefasst (CO<sub>2</sub>-neutralen kommunalen Gebäudebestand bis spätestens 2040):

*„Die Stadt Siegen senkt ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Gebäudeheizung oder Gebäudebetrieb jährlich um mind. 5%. Ziel ist, spätestens 2040 einen CO<sub>2</sub>-neutralen Gebäudebestand zu erreichen. Dies kann durch Heizungstausch, Heizungsoptimierung, Dämmmaßnahmen, durch Beleuchtungstausch oder die Optimierung anderer haustechnischer Anlagen (z.B. Pumpen) erfolgen. Kennzahlen sind jährlich im Rat vorzulegen, z.B. im Haushalt.“*

**Aktuelles:**

Das **Bundesverfassungsgericht (BVerfG)** hat im April 2021 mehrere Klagen verschiedener Klimaschutzorganisationen für begründet und das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens mit seinem Urteil für verfassungsrechtlich verbindlich erklärt. Grund ist, dass die nach dem Pariser Klimaschutzabkommen notwendigen CO<sub>2</sub>-Reduktionen weitgehend in die Zukunft verlagert seien, um die Gegenwart mit politisch mutmaßlich unbequemen, drastischen Maßnahmen zu verschonen. Das Klimaschutzgesetz hatte definiert, dass Deutschland, entsprechend der Pariser Verabredungen, bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden soll-

le. Bis 2030 sollen nach dem Gesetz 55 Prozent der notwendigen CO<sub>2</sub>-Einsparungen erreicht werden, dazu wurden für verschiedene Gesellschaftsbereiche bestimmte Einsparziele festgelegt – aber nur bis zum Jahr 2030. Die notwendigen weiteren Reduktionen für die Zeit zwischen 2031 und 2050 hat der Gesetzgeber offengelassen, obwohl die mutmaßlich am schwersten zu erreichen sein werden.

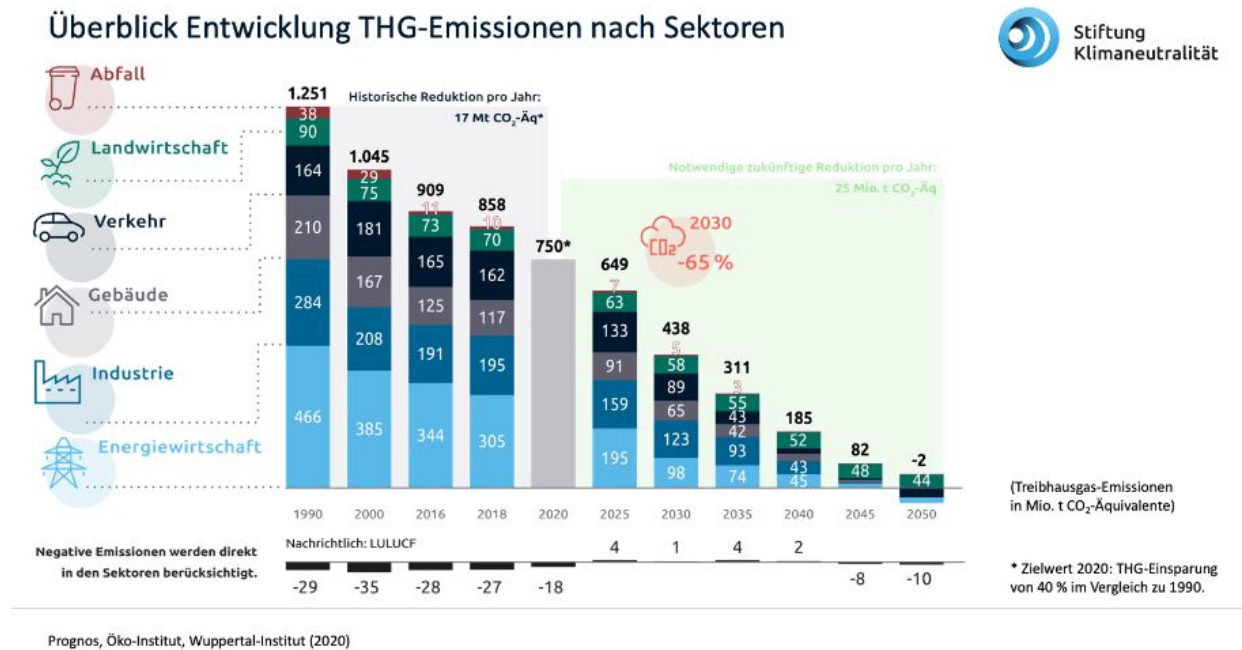
Am 12. Mai 2021 verabschiedete das Bundeskabinett die Novelle des Klimaschutzgesetzes. Darin wird unter anderem ein verbindlicher Pfad zur Klimaneutralität beschrieben, die statt 2050 bereits im Jahr 2045 erreicht werden soll. Das Zwischenziel für 2030 wird von derzeit 55 auf 65 Prozent Treibhausgasminderung gegenüber 1990 erhöht, und für 2040 gilt ein neues Zwischenziel von 88 Prozent Minderung. Zusätzlich zum Beschluss des neuen Klimaschutzgesetzes kündigte die Bundesregierung ein Sofortprogramm an, das die Umsetzung der neuen Klimaschutzziele für die verschiedenen Sektoren unterstützen soll – mit einer zusätzlichen Förderung von bis zu acht Milliarden Euro sowie mit zusätzlichen Vorgaben. Unter anderem sollen die Energiestandards für Neubauten gestärkt werden.

Das im Dezember 2019 verabschiedete „**Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen**“ (kurz: **Brennstoffemissionshandelsgesetz – BEHG**) regelt die zum 01.01.2021 eingeführte CO<sub>2</sub>-Bepreisung für Brennstoffe in Form eines nationalen Emissionszertifikatehandels, die indirekt alle Bürger, Unternehmen und Kommunen betrifft. Die Bepreisung sieht zunächst für 2021 einen CO<sub>2</sub>-Preis von 25[€/t CO<sub>2</sub>] vor und soll wie folgt steigen (2022 – 30 €; 2023 – 35 €, 2024 – 45€, 2025 – 55 €, 2026 –55-65€). **Somit führen alle kommunal erzeugten CO<sub>2</sub>-Emissionen (Heizungen, Verstromung mittels fossilen Brennstoffen, fahrtbedingte Verbräuche Benzin/Diesel etc.) zu Mehrkosten für die Stadt Siegen. Eine Tonne CO<sub>2</sub> verursacht gemäß Umweltbundesamt Schäden von 195 Euro, es ist daher davon auszugehen, dass die CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Folgejahren weiter steigen wird, was bei kommunalen Entscheidungen Berücksichtigung finden muss.** Diesbezüglich gilt es jedoch Rahmenbedingungen und Begrifflichkeiten einheitlich zu definieren.

### **Treibhausgasemissionen - Was versteht man unter Klimaneutralität?**

Würden die weltweiten Emissionen konstant bleiben, wäre das Budget für eine Erreichung des 1,5 °C-Zieles in etwa zehn Jahren aufgebraucht. Bei einer linearen Absenkung ist eine Klimaneutralität bis 2035 erforderlich, wobei entwickelte Staaten ihre Emissionen schneller senken müssen, um den anderen Staaten noch etwas mehr Zeit für die Entwicklung zu geben.





Definition des Europäischen Parlaments:

**„Klimaneutralität bedeutet, ein Gleichgewicht zwischen Kohlenstoffemissionen und der Aufnahme von Kohlenstoff aus der Atmosphäre in Kohlenstoffsenken herzustellen. Um Netto-Null-Emissionen zu erreichen, müssen alle Treibhausgasemissionen weltweit durch Kohlenstoffbindung ausgeglichen werden.“**

Bisher gibt es keine künstlichen Kohlenstoffsenken, die Kohlenstoff in dem Maße aus der Atmosphäre entfernen können, wie es zur Bekämpfung der globalen Erwärmung notwendig wäre. Als Kohlenstoffsenke wird ein System bezeichnet, das mehr Kohlenstoff aufnimmt als es abgibt. Die wichtigsten natürlichen Kohlenstoffsenken sind Böden, Wälder und Ozeane. Laut Angaben des EU-Parlaments entfernen natürliche Senken zwischen 9,5 und 11 Gt CO<sub>2</sub> pro Jahr.

(Quelle: [http-](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL_STU(2018)626092_EN.pdf)

[ps://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL\\_STU\(2018\)626092\\_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2018/626092/IPOL_STU(2018)626092_EN.pdf))

Der weltweite Kohlendioxidausstoß durch fossile Brennstoffe lag 2019 bei fast 37 Gigatonnen. [Global carbon emissions growth slows, but hits record high \(stanford.edu\)](https://www.globalcarbonproject.org/press-releases/global-carbon-emissions-growth-slows-but-hits-record-high)

Dabei verursachen die fossilen Brennstoffe nur etwa 85% der Treibhausgasemissionen.

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/energie/energiebedingte-emissionen#energiebedingte-treibhausgas-emissionen>

Werden die übrigen Emissionen aus Landnutzungsänderungen und Zementherstellung berücksichtigt, ist von etwa 42 Gigatonnen Gesamtemissionen auszugehen. Mit zunehmender Erwärmung können die Ozeane zudem weniger CO<sub>2</sub> aufnehmen, sodass die Kohlenstoffsenken kleiner werden. Zudem geben Böden bei steigenden Temperaturen ebenfalls vermehrt CO<sub>2</sub> in die Atmosphäre ab.

**Die konsequenteste Form der klimaneutralen Energienutzung ist die Nutzung von treibhausgasfreien Energiequellen wie der Sonnen-, Wind- und Wasserenergie in allen Ausprägungen.**

Auch die Nutzung pflanzlicher, also nicht fossiler Brennstoffe, wird als klimaneutral angesehen. Das Wachstum der Pflanzen ist gleichbedeutend mit dem CO<sub>2</sub>-Entzug aus der Luft. Dem entgegenstehen die Freisetzung von CO<sub>2</sub> bei deren Zersetzung oder Verbrennung und das Nachwachsen einer gleich großen Pflanzenmenge. Somit spricht man hier von einem geschlossenen Kreislauf, durch den die CO<sub>2</sub>-Konzentration der Luft nicht relevant verändert wird. Bei der Biomassenutzung sind jedoch Auswirkungen auf den Nährstoffkreislauf in Verbindung mit Bodenabbau sowie Konkurrenzen zur Nahrungsmittelerzeugung ein limitierender Faktor, weshalb es da vorwiegend auf die Nutzung von Reststoffen hinausläuft. Zudem ist die Zeitspanne zum erneuten Binden des Kohlenstoffes zu berücksichtigen.

## **2. Klimakompensation:**

Kompensieren bedeutet ausgleichen – heißt: eine bilanzierte Menge an Treibhausgasen bspw. einer Veranstaltung, eines Projektes, eines Gebäudes, eines Unternehmens oder einer Kommune, wird an einem Ort oder eben einer Stadt ausgestoßen. Nicht zu vermeidende Emissionen, müssen kompensiert werden, um Klimaneutralität zu erreichen. Dafür sind Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz oder andere saubere und kohlenstoffarme Technologien nötig. Dafür werden in einem Klimaschutzprojekt an anderer Stelle Emissionen mit der mindestens gleichen Klimawirksamkeit vermieden bzw. aufgenommen. In der Summe bleiben die weltweiten Treibhausgasemissionen also gleich – die ausgestoßenen Gase werden „ausgeglichen“.

Das Prinzip der Kompensation funktioniert, weil es für das Klima unerheblich ist, an welchem Ort Treibhausgase ausgestoßen oder eingespart werden. Entscheidend ist die Konzentration von klimawirksamen Gasen insgesamt in der Atmosphäre. Das unterscheidet den Klimawandel von anderen, lokal begrenzteren Umweltproblemen wie beispielweise Wasser- oder Luftverschmutzung.

Darüber hinaus kann das Schaffen von natürlichen Kohlenstoffsinken über bspw. Aufforstung erfolgen. Perspektivisch, mit kleiner werdendem Restbudget, wird die Kompensation durch Vermeidung zusätzlicher Emissionen andernorts gegenüber der Kompensation durch Kohlenstoffsinken in den Hintergrund treten.

## **Zwischenergebnis:**

Gemäß dem Ratsbeschluss vom 26.02.2020 muss die Stadt Siegen die Treibhausgasemissionen sukzessive senken (jährlich um mehr als 5%), um die Emissionen des Betriebs des Gebäudebestands insgesamt bis 2040 auf null zu reduzieren. **Bezogen auf den heutigen und zukünftigen Gebäudebestand bedeutet dies: Alle zur Zielerreichung notwendigen baulichen Aktivitäten, bei Sanierungen und Neubauten gleichermaßen, müssen mit einer deutlich niedrigeren CO<sub>2</sub>-Intensität als bislang, durchgeführt und bis aller spätestens 2040 klimaneutral betrieben werden.** Hierfür ist eine systematische Herangehensweise notwendig, um die notwendigen Aktivitäten zielgerichtet umzusetzen. Der kommunale Gebäudebestand ist ein entscheidender Ansatzpunkt beim kommunalen Klimaschutz. Die Klimaschutzziele und der mittelfristige wirtschaftliche Betrieb (aufgrund der CO<sub>2</sub>-Bepreisung), machen hohe Energiestandards bei jeder Sanierung und bei jedem Neubau **zwingend erforderlich und wirt-**

**schaftlich.** Wird dem keine oder zu spät Relevanz beigemessen, ist die Chance, für die nächsten zwanzig bis vierzig Jahre vergeben und die **Emissionen müssen mit nicht absehbaren Kompensationskosten hinterlegt werden.**

Zur Erreichung können und müssen unterschiedliche Bausteine umgesetzt werden, bspw. **Sanierungsfahrpläne für ganzheitliche Komplettisanierungen der Gebäude statt Einzel-Gewerke-Maßnahmen, besserer Baustandard als GEG bei Neubau und Sanierung (mind. Passivhaus im Neubau & KfW 55 im Bestand), Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude etc., CO<sub>2</sub>-neutrale Wärmeversorgung und Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien.** Heißt für die Stadt Siegen, dass die Stadtverwaltung mit ihren Liegenschaften mittelfristig mindestens so viele CO<sub>2</sub>-Emissionen beseitigen muss, wie sie selbst produziert

Gemäß dem Ratsbeschluss vom 26.05.2021 ist die Verwaltung beauftragt, bis Ende des Jahres eine Strategie vorzulegen, wie und bis wann eine sogenannte „Roadmap“ für einen klimaneutralen Gebäudebetrieb im Jahr 2040 erarbeitet werden kann. Diese soll aufzeigen, **welcher Ressourcen (Finanzen, internes bzw. externes Personal, technische Leitlinien und Dienstanweisungen, Monitoring etc.) dafür eingesetzt werden müssen.** Bis zum Abschluss dieser Roadmap wird realistischer Weise eine gewisse Zeit vergehen. Um bis dahin keine Fehlinvestitionen zu treffen, sind Sofortmaßnahmen zu beschließen.

Dennoch ist zur Klimakompensation zu sagen, dass es unvermeidbare CO<sub>2</sub>-Emissionen auch in Zukunft geben wird. Hier spielt dann die Kompensation durch (idealerweise) regionale Klimaschutzprojekte (Aufforstung, Windkraft, PV-Stromerzeugung, Verwendung biologischer Baustoffe, CO<sub>2</sub>-neutrale Wärmeversorgung, Plus-Energie Häuser etc.), oder anderweitige Kompensationsprojekte, eine bedeutende Rolle für die Zielerreichung. **Diese sind mit steigenden Kosten (Aufgrund der CO<sub>2</sub>-Bepreisung) im Haushalt zu berücksichtigen (siehe Gliederungspunkt 1.).**

### 3. Was sind „Klimaneutrale Gebäude“:

Energiebedarf über den gesamten Lebenszyklus betrachten:

Grundsätzlich gilt: um die Nachhaltigkeit eines Gebäudes zu beurteilen, sollten alle drei Phasen – Bau, Betrieb und Rückbau – berücksichtigt werden. Für den Gebäudesektor sind also die CO<sub>2</sub>-Emissionen in drei Phasen zu erfassen bzw. zu bilanzieren. Hier muss durch die Erstellung der Roadmap und durch die politische Willensbildung definiert werden, welche Phasen für die Stadt in Betrachtung gezogen werden.

#### Vorgehen:

„Nur was gemessen wird, lässt sich systematisch verbessern“ (DGNB 2020). Dies bedingt zwingend ein umfassendes Controlling aller Maßnahmen (Bilanzierung) zur Erreichung der angestrebten Klimaneutralität. Es gilt sicherzustellen, dass die Maßnahmen die tatsächlichen Einsparungen bewirken und alle erzeugten Emissionen erfasst werden. Gleiches gilt stringenter Weise auch für die zu verbuchende CO<sub>2</sub>-Kompensationsmenge. Es muss ein Bilanzrahmen je nach CO<sub>2</sub>-Fussabdruck (Carbon Footprint) festgelegt werden. Bspw. für die Gesamtverwaltung (Organisation), die Wertschöpfungskette (eher im Unternehmen), oder für ein/mehrere Projekt/e (projektbezogene Emissionen).

Klimaneutral wäre die Energieversorgung dann, wenn die Bilanzsumme (der in einem Jahr durch die Versorgung verursacht) null oder gar negativ ist. Dies bedeutet, dass durchaus CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahresverlauf verursacht werden können, wenn sie innerhalb desselben Jahres durch Gutschriften kompensiert werden. Gemäß den Bilanzierungsregeln nach dem BSKO Standard wird der Strombezug aus dem öffentlichen Netz, dabei unabhängig davon, aus welcher Quelle der Strom kaufmännisch bezogen wird, mit dem durchschnittlichen CO<sub>2</sub>-Mix des öffentlichen Netzes bewertet. Diese Regel verhindert, dass Klimaneutralität einfach durch den Zukauf von Grünstromzertifikaten erreicht wird. Um Klimaneutralität sicherzustellen, muss also der gesamte Strombezug lokal vor Ort ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugt werden. Ein sommerlicher Stromüberschuss, z. B. von PV-Anlagen, der in das Netz exportiert wird, kann dabei mit dem Stromimport im Winter verrechnet werden.

Die **Dienst- und oder Planungsanweisungen** zum energieeffizienten Bauen beziehen sich auf Neubau- und Sanierungsvorhaben sämtlicher kommunaler Gebäude und sind auf die Zielsetzungen anzupassen.

Zur Erreichung der Vorgaben müssen auch neue Betriebsanweisungen für eine höchstmögliche Energieeffizienz erarbeitet werden.

#### **Vergabe:**

Die öffentliche Hand ist zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet. **Aus diesem Grund müssen zwingend neben den Baukosten auch die Kosten der „Grauen Energie“ bei der Herstellung und die Lebenszykluskosten eines Gebäudes als Kriterium berücksichtigt werden.** Nur so kann gewährleistet werden, dass Betriebskosten und Verbrauchskosten angemessen in die Kalkulation einfließen. Ein nicht vorherzuberechnender Faktor sind aber vor allem auch die Kompensationskosten für nicht vermiedene THG-Emissionen.

Damit lässt sich verdeutlichen, warum es sinnvoll ist, bessere Energiestandards als die aktuell im Gebäudeenergiegesetz (GEG 2020) geforderten umzusetzen. Zumal das Gesetz in § 9 GEG für 2023 eine strikte Überprüfung der Anforderungen an zu errichtende und bestehende Gebäude vorsieht. Vor diesem Hintergrund regt die Verwaltung die Aufstellung eines entsprechenden Handlungskonzeptes an. Darin sollen die Themen Klimaneutralität und Biodiversität als Vergabekriterien entwickelt und in den Grundstückskaufverträgen verankert werden; zudem sind ansiedlungsinteressierte, aber auch bestehende Unternehmen dabei zu unterstützen, ihre Gebäude und Technik klimaneutral und biodiversitätsfördernd zu gestalten.

**HINWEISE:** Die Stadt Nürnberg beschließt ein so genanntes Klimaschutz- und Energieeffizienzgebot statt bisherigem Wirtschaftlichkeitsgebot, und hinterlegt dieses mit den CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten – die von 50 €/t auf 200 €/t erhöht werden. Die Stadt Aachen realisiert bereits seit dem Jahr 2010 Passivhaus-Standard. Ebenso die Städte Ulm und Heidelberg. Planungsgrundsatz dabei ist, die Summe der Baukosten im Zusammenhang mit den Betriebs- und Folgekosten über die Jahre der Lebensdauer zu minimieren. Die Stadt Köln hat in Energieleitlinien 2017 den Passivhausstandard politisch beschlossen und für alle städtischen Neubau- und Sanierungsvorhaben zum Ziel gesetzt. Auch Nürnberg, Arnsberg, Soest, der Kreis Soest, Essen oder Münster haben sich politisch auf den Weg der Klimaneutralität bis 2030-2035 gemacht.

#### 4. Fazit

Die internationale Klimakonferenz Ende 2015 in Paris hat ein eindeutiges Signal an die Gesellschaft gegeben, welches der European Green Deal aufgreift. Auch das jüngste Urteil des **Bundesverfassungsgerichts** verdeutlicht eine deutliche **Fokussierung auf die Treibhausgasemissionen und wird zu steigenden CO<sub>2</sub>-Preisen und höheren Grenzwerten** führen. Der menschengemachte Klimawandel ist unbestritten und die Umsetzung der Ratsbeschlüsse bedürfen weitreichender Entscheidungen und Strukturierungen innerhalb der Verwaltung.

Ergänzend zur Versorgung und eigenen THG-Kompensation ist zu beschließen, zukünftig auf den Liegenschaften der Verwaltung die Solarnutzung über Thermische oder Photovoltaik-Anlagen mit größtmöglicher Leistung auszulegen und auch bei der Sanierung von Dächern, nach statischer Überprüfung und oder Verbesserung, mit maximaler Fläche (Vorbild Nürnberg) zur errichten. Dabei ist die Kombination mit Gründächern umzusetzen.

Für alle Maßnahmen muss ein umfassendes Controlling und Monitoring erarbeitet und implementiert werden. Ebenso gilt es Dienst- und oder Planungsanweisungen, Betriebsanweisungen und Vergabegrundsätze dahingehend anzupassen. **Alle im städtischen Betrieb genutzten fossilen Energieträger werden zu massiven Preissteigerungen und zusätzlichen Kosten im Haushalt führen. Mit der aktuellen personellen und finanziellen Ausstattung sind die zu erreichenden Zielsetzungen nicht umsetzbar.**

Bezüglich der „Sofortmaßnahmen Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ können keine konkreten finanziellen Auswirkungen für noch fiktive individuelle Bauprojekte und Maßnahmen in Zahlen beziffert werden. Ab sofort müssen für die zukünftigen planungsreifen Neubauten im „neuen“ Standard, und die anfallenden Dachsanierungen (für die PV-/bzw. Solaranlagen) jeweils Haushaltsmittel projektbezogen eingestellt werden. Demgegenüber stehen Einsparungen durch Fördermöglichkeiten, geringere Verbräuche, Verdrängung des Stromfremdbezugs und mögliche Zahlungen der EEG-Vergütung bei Überschusseinspeisung sowie die vermiedenen CO<sub>2</sub>-Kosten.

Die zugrundeliegende Definition von Klimaneutralität und Klimaneutralem Gebäudebetrieb führt dazu, dass Grundsatzbeschlüsse zum Baustandard für Neu- und Sanierungsbauten, sowie klare Vorgaben für die CO<sub>2</sub>-neutrale Wärmeversorgung getroffen werden müssen. Des Weiteren müssen Kosten für Personal und die Maßnahmen, Kompensation über einen Fahrplan (bspw. „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“) definiert und beschlossen werden. Dies muss aufgrund der Komplexität und Tragweite extern erarbeitet werden. Bis dahin wird die Stadtverwaltung gemäß der Beschlussvorschläge alle Bauten bearbeiten. Die Komplettsanierungen von Gebäuden statt Einzel-Gewerke-Maßnahmen müssen perspektivisch Standard werden.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

## Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode  Sachkonto
--	--	-------------------------------	----------------------------------	--

## Klimaschutz

Klimarelevanz	Veränderungen CO <sub>2</sub> -Emissionen	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen	Bestehen alternative Handlungsoptionen?
<input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	<input checked="" type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
<b>Erläuterung Klimarelevanz</b>  Mit der Umsetzung der Sofortmaßnahmen zielt die Stadt Siegen auf die Umsetzung der Klimaschutzbeschlüsse des Rates vom 25.09.2019 und 26.02.2020 ab. Dadurch werden Neu- und Anbaumaßnahmen, welche vor Fertigstellung der Roadmap für den klimaneutralen Gebäudebestand erfolgen, bereits so errichtet, dass sie den zu erwartenden Anforderungen an den Klimaschutz im Gebäudebereich gerecht werden.			
<b>Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen)</b>  Das Ausmaß der Reduktion ist abhängig von der Anzahl und Ausgestaltung der durchgeführten baulichen Maßnahmen.  Folgende Ziele aus dem Zielkonzept werden mit den Beschlüssen unterstützt: Teilziel Energieeffizienz; Teilziel Einsatz regenerativer Energien / geringer emittierender Energieträger  Mit den Sofortmaßnahmen werden die Klimaschutzbeschlüsse des Rates vom 25.09.2019 und 26.02.2020 umgesetzt, sodass keine Alternative besteht.			

i. V.

gez.

Schumann

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.

## **Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie am 24.08.2021**

hier: **TOP - Bericht Stabsstelle Klimaschutz**

„- mündlicher Bericht -“

1. Die Stadt Siegen hat sich gemäß dem Beschluss des AfUKE der letzten Sitzung bei der **Kampagne „Wattbewerb“** angemeldet. Siegen liegt aktuell bei 129 angemeldeten Städten bei der PV-Leistung / Einwohner auf Rang 115. Im Bereich Zubau liegt Siegen aktuell mit 6,5 Wp/Einw. auf Rang 109. Diverse Maßnahmen werden seitens der Stabsstelle unternommen die Kampagne bzw. den Ausbau zu fördern: (Förderprogramm, PV-im Gewerbe-Kampagne, Beratungen von Unternehmen, Vereinen, Kirchen und Bürgern, Klimawette, Vorträge: „PV- und Speicher“, Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V..) Einige Anlagen wurden aufgrund dieser Beratungen bereits gebaut.
2. Die Stabsstelle Klimaschutz nimmt in Absprache mit dem Büro BM an „**Die Klimawette**“ bundesweit als eine von über 500 Städten teil und ruft Bürgerinnen und Bürger zum CO<sub>2</sub>-Sparen auf. Unter den Teilnehmenden werden aus den Mitteln der Stabsstelle Klimaschutz/Netzgesellschaft 10x 600 € Zuschussprämie für PV-Balkonanlagen gewährt. Bislang gibt es 11 Teilnehmer aus Siegen, die bisher 15,7 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart haben.
3. Die ersten Anträge zum neuen **Klimaförderprogramm der Stadt Siegen** sind eingegangen und mehrheitlich bewilligt worden. Auch die Zahlungen sind bereits getätigt. Bisher ist die Anzahl noch etwas verhalten. Das Programm wird über Presse, Anzeigen und Mailings (Newsletter) weiter bekannt gemacht.
4. Mit der Besetzung einer Statistikerstelle (Herr Münker) im Mai 2021 hat der Kreis Siegen-Wittgenstein die Arbeit an der **CO<sub>2</sub>-Bilanzierung** wieder aufgenommen. In der Folge startete eine neue Abfrage von verwaltungsinternen Daten (Strom, Wärme, Verkehr) bei den kreisangehörigen Kommunen, da diese für die Fertigstellung der Bilanz benötigt werden. Die Stadt Siegen ist daher gerade dabei diese Daten zu ermitteln und wird diese für den Abschluss der Bilanzierung an den Kreis weitergeben. Die Bilanz wird bis zum Bilanzjahr 2019 reichen und soll baldmöglichst vorgestellt werden.
5. Die Stabsstelle Klimaschutz hat die Wirtschaftsförderung der Stadt Siegen bei der **Akquise zu Ökoprofit** erfolgreich unterstützt. In kurzer Zeit konnten

fünf teilnehmende Unternehmen aus der Siegener Unternehmerschaft für das Projekt gewonnen werden. Die Auftaktveranstaltung und die erste Workshoprunde sind am 01.07. gestartet. Anders als bei anderen nur auf den Einzelbetrieb ausgerichteten Umweltmanagementansätzen, zielt Öko-profit auf die Bildung eines lokalen Netzwerkes zum betrieblichen Umweltschutz ab.

6. Der Zuwendungsbescheide für das NRW-weite Förderprogramm zur Dach- und Fassadenbegrünung **„Klimaresilienz in Kommunen“** (hier arbeiten die Städte, Gemeinden und der Kreis zusammen) sind an die Antragssteller rausgegangen. Die Stabsstelle Klimaschutz konnte auch fünf Siegener Immobilienbesitzer überzeugen geförderte Gründächer zu errichten. Förder-summe etwas mehr als 20.000€, also 40.000 € Investition.
7. Die Stabsstelle Klimaschutz hat die neue **Förderrichtlinie „progres.nrw - Klimaschutztechnik“** über die Wirtschaftsförderung an alle Unternehmen gespielt und weitere Beratung angeboten. Die überarbeitete Richtlinie ersetzt den Bereich Markteinführung. Erstmals werden PV-FF-Anlagen, Agri-PV und Floatingsolaranlagen außerhalb des EEGs gefördert. Des Weiteren ist eine umfängliche Förderung zwischen 70-90% für Beratungsleistungen zum Ausbau der PV sowohl für Kommunen als auch Unternehmen und auch die Umsetzungsförderung vorhanden. Über den Energieverein erfolgt die Verbreitung der Fördermöglichkeiten an die Bürgerschaft. Das Programm unterstützt die Beratungen der Stabsstelle Klimaschutz auch im „Wattbewerb“ weiter mehr Anlagen in Siegen zu realisieren.
8. Die Fahrradaktion **„STADTRADELN“** findet vom 21. August bis 10. September statt – für die erstmals in Siegen stattfindende Aktion konnte die Stabsstelle bisher 306 Teilnehmende aus 52 Teams und 22 von 71 Ratsmitgliedern gewinnen. Teamkapitän der Stadtverwaltung ist Bürgermeister Mues. Henrik Schumann ist ebenfalls Schirmherr, das Team der Stadtverwaltung Siegen ist Kreisweit das Teilnehmerstärkste. <https://www.stadtradeln.de/siegen>
9. Der **Energieverein Siegen-Wittgenstein e.V.** hat das Programm der zweiten Jahreshälfte gestartet und durch erneuten Vortrag und Beratung zum Thema PV die Aktion „Wattbewerb“ unterstützt. Weitere Themen können dem VHS Programm und der Homepage entnommen werden. Die Mitgliederversammlung und die Möglichkeit der 10jubiläumsfeier werden geprüft. Es kommen täglich Beratungsanfragen an den Verein. Das Zeitfenster für die Verbraucherzentralen-Beratungen montags ist immer ausgebucht.
10. Wegen der weltweiten Bedeutung des Klimawandels und der komplexen wissenschaftlichen Fragen haben die Weltorganisation für Meteorologie (WMO- World Meteorological Organization) und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP- United Nations Environment Programme) 1988 den **Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen – IPCC (Inter-**



**governmental Panel on Climate Change)** gegründet. Das IPCC – oft auch als Weltklimarat bezeichnet – ist ein von den Regierungen unabhängiges wissenschaftliches Gremium, in dem Hunderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt mitwirken. Sie erarbeiten und bewerten anhand der aktuellen und anerkannten wissenschaftlichen Veröffentlichungen den jeweils neuesten Kenntnisstand zu Klimaänderungen und fassen ihn in regelmäßigen Sachstandsberichten sowie in Sonderberichten zu ausgewählten Themen zusammen. (Quelle UBA 2021). Aktuell ist der sechste Sachstandsbericht veröffentlicht mit **eindringlichen Warnungen**. Insgesamt handelt es sich um 4.000 Seiten wissenschaftliche Berichterstattung:

Zitate und Schlagzeilen:

**ERNEUERBAREENERGIEN 2021:** *„Kurswechsel dringend notwendig - „Als wichtigste wissenschaftliche Entscheidungsgrundlage für politische Entscheidungsträger ist der IPCC-Bericht eine deutliche Warnung, dass einschneidende Wendepunkte für das Klima bevorstehen. Dies ist unser letzter Weckruf. Es müssen jetzt dringend systemweite Maßnahmen ergriffen werden, wenn wir eine Chance haben wollen, die Erwärmung auf 1,5 °C zu begrenzen und die katastrophalen und unumkehrbaren Folgen des Klimawandels abzumildern“, erklärt deshalb Mirijam Wolfrum von CDP Europe.“*

**Zeit 2021:** *„Weltklimarat warnt vor irreversiblen Folgen bei weiterer Erderwärmung - Der IPCC prognostiziert: Wird das 1,5-Grad-Ziel verfehlt, könnten 420 Millionen Menschen von Hitzewellen betroffen sein. Damit steige auch das Hungerrisiko.“*

**Süddeutsche 2021:** *„Es wird immer extremer - Jetzt oder nie, so ließe sich die Botschaft des Weltklimarats auch zusammenfassen“*

*Zusammenfassend lässt sich deutlich die Botschaft der Wissenschaft festhalten: Wenn nicht umgehend umfangreiche weltweite Maßnahmen umgesetzt werden, wird es bald unmöglich sein, die Erwärmung der Erde unter zwei Grad, geschweige denn 1,5 Grad Celsius zu halten. Das Eis wird selbst dann weiter schmelzen und zum weiteren Meeresspiegelerhöhung beitragen, wenn kein CO<sub>2</sub> weiter eingetragen wird. Wetterextreme(Wasserkreislauf)-Hitzewellen, Trockenheit, Dürren, Starkregen und Überschwemmungen, Stürme werden zunehmen.*

*Erstmals geht der neue Bericht genauer auf sogenannte Kipppunkte ein, deren Überschreiten eine irreversible Veränderung des Klimasystems bewirkt, wie das Abschmelzen des westantarktischen Eisschildes. Oder die Abschwächung der sogenannten atlantischen meridionalen Umwälzströmung (AMOC), zu der auch der Golfstrom gehört. Sie dürfte sich im Laufe dieses Jahrhunderts fortsetzen. Einen kompletten Kollaps halten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zwar für relativ unwahrscheinlich, sollte die Erderwärmung auf 1,5 oder zwei Grad Celsius begrenzt werden. Sie können es aber auch nicht ausschließen. "Es gibt inzwischen viele Dinge, die wir nicht*

*mehr verhindern können", sagt Dirk Notz von der Universität Hamburg, einer der Leitautoren für das Kapitel zu Eis und Meeresspiegel. "Aber der Bericht zeigt auch, dass es noch viel Gestaltungsspielraum gibt."*

**Tagesschau 2021:** *UN-Generalsekretär Guterres fordert angesichts der Warnungen des Weltklimaberichts die Politik zu raschem Handeln auf. Bundesumweltministerin Schulze warnte: "Der Planet schwebt in Lebensgefahr". Nach dem alarmierenden Bericht des Weltklimarates (IPCC) über die drastischen Folgen des Klimawandels hat UN-Generalsekretär António Guterres Politiker zur Verantwortung gerufen. "Die Alarmglocken sind ohrenbetäubend, und die Beweise sind unwiderlegbar", sagte er. Die Treibhausgase erstickten den Planeten und brächten Milliarden Menschen in Gefahr. "Die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft hängt davon ab, dass Führungskräfte in Politik, Unternehmen und der Zivilgesellschaft geeinigt hinter politischen Vorgaben, Maßnahmen und Investitionen stehen, die den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad begrenzen", sagte Guterres. Die Lösungen lägen auf dem Tisch. "Der Bericht muss die Totenglocke für Kohle und andere fossile Brennstoffe sein, bevor sie unseren Planeten zerstören", sagte er. "Wenn wir unsere Kräfte jetzt bündeln, können wir die Katastrophe abwenden", sagte Guterres. Es gebe keinen Raum mehr für Verzögerungen oder Ausreden. Bei der Weltklimakonferenz im November in Glasgow müssten Antworten geliefert werden. Schulze forderte eine rasche Abkehr von Kohle, Öl und Gas und einen Ausbau von der Sonnen- und Windkraft. "Es gab schon genug Weckrufe und Appelle", sagte die Ministerin. Klimaschutz sei eine "überlebensnotwendige" Aufgabe. "Wir alle haben es jetzt in der Hand, die 2020er-Jahre zu einem Klimaschutzjahrzehnt zu machen und die Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Noch ist es nicht zu spät dafür."*

gez.

Daub